

**Der Wiederaufbau in Gießen nach 1945**  
**Stefan Eberlein, Stefan Kielwein, Jörg Thorn**  
**Tutor: Kurt Heyne**

**Einleitung und gleichzeitiger Forschungsbericht**

Wir haben das Thema deshalb gewählt, weil wir uns schon immer wunderten, daß Gießen eine so heterogene Bausubstanz hat. Moderne Zweckbauten stehen neben Bürgerhäusern der Jahrhundertwende, Renaissancehäuser am Landgraf-Philipp-Platz gegenüber Arkaden aus der Zeit um 1900, in der Mitte der Stadt ein altes Barockhaus, welches in den 80er Jahren restauriert wurde, gleich um die Ecke Beton und Glas - und alles überragt von einem erst spät restaurierten Stadtkirchenturm, der auf das Spätmittelalter zurückgeht. Wir wollten einfach mal der Frage nachgehen, wie es dazu kam, daß man in Gießen schöne alte Bauten, die teilweise oder noch ganz die Bombardierung überstanden hatten, verschwinden ließ. Außerdem hofften wir dadurch Aufschluß zu bekommen, welche Politik nach dem Kriege in unserer Stadt betrieben wurde und welche möglichen Alternativen nicht berücksichtigt wurden.

Es war uns klar, daß unsere Arbeit in der Hauptsache im Durchschauen von Akten im Stadtarchiv, im Studieren der Baupläne und im Vergleich des Bildmaterials lag. "Oral history", d.h. Befragung von Zeitzeugen und Auswertung dieser Interviews, war für uns weniger von Bedeutung. Die Bewohner Giessens und die Geschäftsleute, die wir befragten, konnten uns immer nur dasselbe sagen: "Wir wollten nach dem Krieg schnell aufbauen, man brauchte ein Dach über dem Kopf, wie gebaut wurde, war uns egal."

Weiterhin muß man sich klarmachen, daß es damals längst nicht die vielfältigen Möglichkeiten des Widerspruchs gegen städtische Baupläne gab wie heute, so daß eine Diskussion um Stadtanierung, Wiederaufbau, Straßen- und Verkehrsführung eigentlich nur am Anfang und in der Presse, meist durch Experten, geführt wurde. Unsere Interviews beschränkten sich deshalb auch auf wenige ausgewählte Personen aus dem Baubereich: Stadtbaudirektor Wolf, den Sohn des früheren Stadtbaudirektors Klaus Gravert, Obervermessungsrat a.D. Heinrich Schmidt, Diplom-Ingenieur und Prüfstatiker J.M. Eberlein, und von den Politikern einen Verantwortlichen für den Wiederaufbau Giessens in der Zeit von 1954 - 1963, Ex-Bürgermeister, Ex-Ob und Ex-Ministerpräsident Albert Osswald.

Über die Geschichte des Wiederaufbaus Giessens gibt es eine ausführliche Schrift von Heinrich Schmidt: "Giessens Entwicklung von der mittelalterlichen Innenstadt zum modernen Geschäftszentrum".<sup>1</sup> Auch die Veröffentlichung von Kurt Kühnemann: "Neues Leben aus

---

1 In: Mitteilungen des Oberhess. Geschichtsvereins (MOHG) Bd. 46, Gießen 1992, S.85-122

Ruinen - Gießen in und nach der Stunde Null",<sup>2</sup> die gerade erschienen war, half uns weiter. Wir erkannten aber sehr schnell, daß man durch solche Veröffentlichungen in seinem Urteil beeinflußt wird. Vor allem die Schmidtsche Veröffentlichung hat stark apologetischen Charakter, d.h. der Verfasser hat sich zwar bemüht, "so objektiv wie möglich zu sein", aber er war ja einer der Hauptbeteiligten an der Ausarbeitung des Planes Gravert und daher später interessiert, die damaligen Pläne zu rechtfertigen und die Selbstkritik auf das Allernotwendigste einzuschränken. Schmidt stand bei seiner damaligen Arbeit sein gesamter Mitarbeiterstab im Amt zur Verfügung, der natürlich in einer gewissen inneren Bindung und Verpflichtung der bisherigen Baupolitik gegenüber war. Soweit uns das möglich war, versuchten wir trotz des Übergewichtes der Expertenäußerungen eigene Anmerkungen und auch Kritik anzubringen. Diese mußte sich auf den historischen und ästhetischen Bereich beschränken, weil uns geodätische und mathematische Spezialkenntnisse fehlten. Es scheint uns aber trotzdem möglich, zu städtebaulichen Konzepten und ihrer Verwirklichung einiges zu sagen. Obwohl wir uns oft auf Schmidts Ausführungen beziehen mußten, wird unsere Distanz zu dieser Art Städtebaupolitik doch klar erkennbar.

Im Stadtarchiv konnten wir dank der Hilfe der Herren Nöhl und Knauß ungestört arbeiten. Wir vermieden auch den Fehler von Wettbewerbsgruppen vor uns, die erst sehr spät aus Angst vor der Behörde Stadtarchiv dort zu arbeiten begonnen hatten.

In der letzten Phase unserer Untersuchungen sahen wir uns einzelne Stadtteile, Straßen und sogar einzelne Häuser genauer an. Wir mußten mit Erschütterung feststellen (was die Schrift von Schmidt nicht bieten konnte), daß der größte Teil der Bausubstanz von Gießen erst in den 50er bis 70er Jahren abgerissen worden ist. Bei der Frage nach den Ursachen dieser Handlungsweise bekommt man verschiedene Antworten:

1. Gedankenlosigkeit und Engstirnigkeit vieler Mitbürger und Verantwortlichen der Stadt,
2. das damals wohl noch nicht ausgeprägte Empfinden, daß zu einer lebenswerten Umwelt auch die Erhaltung von schönen alten Häusern gehört,
3. der Wille zum Wiederaufbau ließ alle anderen Erwägungen in den Hintergrund treten.

Bei der Betrachtung der verschiedenen Aufbau- und Stadtpläne Gießens von 1948/49, 1960, 1971 und 1980/81 wurde uns mit Erschrecken deutlich, wie tief diese Pläne, vor allem die Aufbaupläne, in das ursprüngliche Stadtbild eingegriffen haben, und wie wenig Widerspruch laut wurde. Manchmal erschien uns das Ganze wie ein gigantisches Sandkastenspiel, wie ein riesiger Verschiebebahnhof. Der die Planer immer wieder bestimmende Haupt Gesichtspunkt war offensichtlich wirtschaftlicher und verkehrstechnischer Art. Dies war für uns die ernüchterndste

---

2 Gießen 1983.



und traurigste Erkenntnis. Wenn Städtebau fast ausschließlich unter dem Gesichtspunkt des wirtschaftlichen Nutzens und der verkehrstechnischen Selbstbefriedigung gesehen wird, müssen Gesichtspunkte wie Schönheit, Erholung, Mitmenschlichkeit einfach vor die Hunde gehen. Wir vermochten zwar außerordentlich großes Verständnis für die Bauplanung 1948 aufzubringen, obwohl man auch damals woanders (z.B. in Polen) historisch getreu wiederaufgebaut hat. Was aber nicht hingenommen werden kann, ist die Selbstzerstörung einer Stadt danach. Das sollte als Erkenntnis für zukünftige Bauvorhaben in der Stadt aus unserer Arbeit zu entnehmen sein. Wie verschiedene Bürgerproteste Ende der 70er Jahre bewiesen, läßt sich heute eine solche Vernichtung von angeblichen "Kracheburgen", die einem im Wege sind, nicht mehr durchführen. Das Gewissen der Bevölkerung ist hoffentlich geschärft.

### **Beginn des Wiederaufbaus**

Als die Amerikaner am 28. März 1945 Gießen besetzten, kamen sie in eine stark zerstörte Stadt. Gießen hatte im 2. Weltkrieg 28 Luftangriffe ertragen müssen. Der schlimmste Angriff war am 6. Dezember 1944 erfolgt und hatte die Innenstadt zu mindestens 70 %, die äußeren Bereiche zu 67 % zerstört. "Der Stadtkern in seiner alten Bebauung, die sich früher einmal sehr gut darstellte, der Marktplatz, Ausdruck verpflichtender Tradition des vorausgegangenen Jahrhunderts, alles das lag in Schutt und Asche. Zunächst konnte nichts anderes getan werden, als Schutt wegzuräumen".<sup>3</sup>

Wenn es in Gießen an allem mangelte - eines war mit Sicherheit vorhanden: Schutt. Man muß sich einmal vergegenwärtigen, daß von 5.500 Gebäuden in Gießen 4.800 beschädigt oder total zerstört waren. "Noch im Oktober 1945 hatte Gießen von rd. 12.300 Wohnungen mit etwa 55.000 Räumen lediglich 865 Einheiten mit nicht einmal 3.000 Zimmern (oder ähnlichen Unterkünften), die keiner Instandsetzung bedurften".<sup>4</sup>

Im Folgenden sollen nun die besonders markanten Zerstörungsgebiete und Häusergruppen vorgeführt werden.

Eine Tabelle der Bauschäden kann verdeutlichen, welche ungeheure Zerstörung die Innenstadt und zwei Dörfer am Rande Gießens betroffen hat:

3 Kurt Kühnemann, "Neues Leben aus Ruinen - Gießen in und nach der Stunde Null", Gießen 1983, S.9

4 Kurt Kühnemann, a.a.O., Seite 9





Von allen Gießener **Schulen** hatte nur die Goetheschule den Krieg unbeschädigt überstanden, war aber von zwangsverschleppten Polen als Quartier belegt worden.

Symbolisch für die Zerstörung der **Kirchen** war die Stadtkirche, deren Turmstumpf die Trümmerlandschaft überragte. Nur die Johanneskirche konnte schon 1945 wieder Gottesdienste abhalten. Die katholische Kirche St. Bonifatius stand erst wieder ab 1948 voll zur Verfügung.

Das Versorgungsnetz war so gut wie vollständig zerstört. Die Gasversorgung konnte erst zwei Jahre nach dem Einmarsch der Amerikaner wieder in Betrieb gesetzt werden. Universitäts- und Kliniksbauten waren zum großen Teil zerstört, auf das Klinikum waren allein 52 Bombentreffer niedergegangen, die 121 Todesopfer kosteten. Zerstört war auch das Evangelische Schwesternhaus und das Landgericht. Angesichts dieser Zerstörungen stellte sich die Frage:

Wie sollte man vorgehen?

Um neuen Wohnraum für die vielen Heimkommenden, die Flüchtlinge aus den Ostgebieten und die Besatzungsmacht zu schaffen, hätte der Neubau sofort beginnen müssen. Aber dazu fehlten Baustoffe und Arbeitskräfte. "Es fehlten nicht nur alle materiellen Voraussetzungen, solches zu schaffen, auch an den primitivsten Planungen ließ sich vorerst nichts vorantreiben. Es gab baurechtlich eine Fülle von Unwägbarkeiten."<sup>5</sup>

Es besteht kein Zweifel, daß die zerstörten Stadtteile zu allererst wieder aufgebaut werden mußten, weil das städtische Straßennetz mit allen darin verlegten Versorgungsleitungen einen ungeheuren Wert darstellte, den man nicht einfach ignorieren wollte. Außerdem konnte man den Zusammenhang zwischen den Wohn- und Geschäftsgebieten, der geschichtlich gewachsen war, nicht einfach übersehen.

Es war also nur logisch, daß man zunächst als Vorbedingung des Wiederaufbaues die Trümmerbeseitigung anging.

Wie uns ältere Mitbürger erzählten, hätten sie es damals nie für möglich gehalten, daß diese Unmengen von Schutt noch in ihrer Lebenszeit zu beseitigen gewesen wären.

Bei manchen Straßen konnte man noch 1945/46 nicht einmal genau die Straßenführung erkennen. Häusergrenzen waren verwischt, und manche Gegenden Gießens konnte man nur über Trampelpfade erreichen.

Wenn heute Ruinen oder nicht mehr verwendbare Hausteile abgerissen werden, wird kaum noch etwas von der Substanz wiederverwendet. Wir konnten das z.B. beim Abriß des alten Hauses Ecke Johannesstraße - Neuen Weg erkennen, der noch Ende der 70er Jahre erfolgte. Von dem

---

5 Kürt Kühnemann, a.a.O., Seite 11

Material des Hauses wurde nichts mehr verwendet, die schönen Sandsteineinfassungen der Fenster aus der Wilhelminischen Zeit wurden auf den Müll gekippt.

Ganz anders war die Situation 1948. In den Trümmern waren wertvolle Baustoffe vorhanden, die von der Trümmerverwertung wiederbenutzt werden konnten. Die Zahl der Fach- und Hilfsarbeiter war allerdings außerordentlich gering, weil viele Männer im Kriege gefallen, verwundet oder in Kriegsgefangenschaft geraten waren oder aus anderen Gründen nicht für den Wiederaufbau zur Verfügung standen (z.B. weil sie nur schlecht bezahlt oder weil die Verkehrsverhältnisse für die vom Umland einpendelnden Arbeitskräfte zu schwierig waren).

Die Problematik der Situation wird klar, wenn man den Hilferuf des ersten gewählten Oberbürgermeisters Albin Mann vom Juli 1947 nachliest:

"Gießen war einmal eine schöne Stadt. Saubere Straßen und gepflegte Grünanlagen mit einer großen Zahl an Privatgärten trugen ihr den Titel Gartenstadt ein.

Heute ist als Kriegsfolge der Name Trümmerhaufen mindestens für den größten Teil der Stadt angemessen. Muß dies so sein? Nein und abermals nein!

Die Stadtverwaltung ist leider nicht in der Lage, ohne Mithilfe aller Kreise der Bevölkerung den bedauernswerten Zustand zu ändern. Wenige Städte dürfte es geben, in denen das Straßenbild so stark von Angehörigen der Besatzung belebt wird wie in Gießen.

Ursache dafür ist die verkehrsgünstige Lage Gießens, die auf dem ehemaligen Flughafen das größte Versorgungs- und Nachschubdepot in der amerikanisch besetzten Zone brachte. Die Zahl der bei den Dienststellen der Besatzungsmacht Beschäftigten erreicht annähernd 8.000. Dazu kommen rd. 2.000 Beschäftigte auf den Bauten des Depots. In der gesamten amerikanischen Besatzungszone sind nach den Feststellungen der Arbeitsbehörden 85.000 Angestellte und Arbeiter tätig. Während Gießens Einwohner rd. den hundertsten Teil Hessens ausmachen, ist die Zahl der hier Beschäftigten rd. der zehnte Teil. Zu berücksichtigen ist hierbei, daß in Gießen keine großen Industriegebiete vorhanden waren, in denen große Arbeitsmassen durch die Kriegsfolgen freigestellt wurden. Der Bedarf an Arbeitskräften für die Besatzungsmacht muß sehr weit herangeholt werden. Hinter Ulrichstein, aus den Kreisen Lauterbach und Biedenkopf und dem Dillkreis holen täglich Omnibusse Arbeiter heran. Aus den Gefängnissen in Butzbach kommen täglich Hunderte von Gefangenen und müssen zurückgebracht werden. Das Arbeitsamt hat noch Anforderungen für mehr als 600 Kräfte für das Depot auf dem Flughafen und kann diese nicht bereitstellen. Wer irgend kann, zieht die Beschäftigung bei der Besatzungsmacht vor, weil ihm dort zusätzliche Verpflegung gegeben wird. Ist es unter diesen Umständen ein Wunder, wenn die städtischen Dienststellen, besonders aber das Bauamt, zu dessen Aufgabe die Sauberhaltung unserer Stadt gehört, die erforderlichen Arbeitskräfte nicht



bekommen kann? Dazu kommt, daß der Transportapparat nur ungenügend arbeitet. Treibstoff- und Reifenmangel für Lastkraftwagen sind ein großes Hindernis. Die Strassenreinigung ist mehr als mangelhaft. Leider muß aber auch gesagt werden: Ein Teil der Bürger hat mit dazu beigetragen, daß sich immer mehr Schutt auf den Bürgersteigen abgelagert hat. Hier muß in absehbarer Zeit eine Änderung eintreten.

Im Einvernehmen mit der Militärregierung, die Transportmittel zur Verfügung stellen will, soll in der Zeit vom 28. Juli bis 3. August dieses Jahres ein allgemeiner Bürgereinsatz zur Beseitigung der größten Mißstände durchgeführt werden. Das Bauamt ist beauftragt, im Zusammenwirken mit dem Freiwilligen Aufbaudienst die Organisation dieser Einsätze der Gießener Einwohner durchzuführen. Ich erwarte, daß sich keine arbeitsfähige Person diesem Vorhaben entzieht. Wer nicht mithilft, hat das Recht verloren, hier in Gießen zu wohnen. Mitbürger! Männer und Frauen! Haltet Euch bereit, bei dieser Aktion mitzuhelfen! Keine Kraft ist zu gering! Jeder kann helfen! Ich bitte darum!

Alle Grundstückbesitzer wollen umgehend dafür Sorge tragen, daß die Bürgersteige von Unrat und Trümmern befreit und das an den Vorgärtenmauern und -zäunen wachsende Gras beseitigt wird. Dort, wo Nachbarn ortsabwesend sind, sollte diese Arbeit freiwillig übernommen werden. Wo ganze Straßenzüge unbewohnt sind, haben sich die Verwalter der Grundstücke um die Erledigung dieser Aufgaben zu kümmern. Wenn jeder vor seinem Grundstück sauber hält, dann wird bald das Straßenbild ein besseres werden.

Hausmüll, Gemüseabfälle usw. darf nicht auf die Trümmer geworfen werden, weil dadurch nur die für die Gesundheit so gefährliche Rattenplage vermehrt wird. Muß es denn erst zu Seuchen kommen, bevor die Vernunft für die Reinhaltung der Stadt zu arbeiten beginnt? Es ist sowieso schlimm genug, daß die Schäden am Kanalnetz wegen Arbeitermangel noch nicht beseitigt werden konnten. Obwohl bereits im Herbst vorigen Jahres z.B. mit den Arbeiten am Kanal im "Nizza" begonnen wurde, konnten diese bis dahin noch nicht zu Ende gebracht werden und bergen Gefahren für die Volksgesamtheit, auf deren Beseitigung ich andauernd dränge. Deshalb: Helft mit!"<sup>6</sup>

# Bekanntmachung

Unter Bezugnahme auf die Polizeiverordnung vom 3. Aug. 1945 wird angeordnet, daß die Durchführung der Aufräumungsarbeiten in der Stadt Gießen auf Samstag, den 18. August 1945 verlegt worden ist. Dazu haben sich die Bewohner der nachfolgend genannten Straßen mit Schaufeln, Spaten, Hacke, Hammer usw. um 8 Uhr vormittags auf den unten angegebenen Sammelplätzen einzufinden. Die den Behörden und größeren Industriefirmen in der vorigen Woche bereits bekanntgegebenen Sammelstellen bleiben dieselben. Den Anordnungen der Bezirksarchitekten und sonstigen Aufsichtsorganen ist unbedingt Folge zu leisten. Zur Betreuung von Kindern, die der Aufsicht bedürfen, können von jeder Hausgemeinschaft eine bis zwei Frauen freigestellt werden, die möglichst arbeitsfähig sein müssen. Maurer, Zimmerer, Dachdecker, Spengler, Glaser und Schlosser sind, soweit sie jetzt schon für den Wiederaufbau eingesetzt sind, von der Aufräumungsarbeit freigestellt.

Der Polizeidirektor: Düsing.

## Verzeichnis der Sammelplätze und der dazu gehörigen Straßen:

### Bezirksarchitekt Dirksmüller

- Sammelplatz 1: Landgrafenstraße**  
innerhalb des Bezirks: Ostanlage, Neuenweg, Kreuzplatz, Marktplatz, Walltorstraße.
- Sammelplatz 2: Kaiserallee — Persiluhr**  
mit Gutenbergstraße, Gartenstraße, Am Nahrungsberg, Am Ahon Friedhof, Bergstraße, Hessenstraße, Licher Straße, obere Wolfstraße, Ludmannstraße, Georg-Philipp-Casal-Straße, Karl-Vogt-Straße.
- Sammelplatz 3: Schützenhaus**  
mit Grünberger Straße, Rödgener Straße.
- Sammelplatz 4: Bahnübergang — Licher Straße**  
Am Kugelberg, Friedensstraße, Stadteil Plattenhausen.
- Sammelplatz 5: Posener Straße — Alter Steinbacher Weg**  
Stadteil Ostpreußen.

### Bezirksarchitekt Schmidt

- Sammelplatz 1: Ecke Ludwigstraße — Bismarckstraße**  
mit Ludwigstraße zwischen Goethestraße und Gartenstraße, Löberstraße zwischen Goethestraße und Gartenstraße, Stephanstraße zwischen Goethestraße und Gartenstraße, Kepplerstraße, Bismarckstraße, Henselstraße, Am Nahrungsberg zwischen Bismarckstr. u. Gartenstr.
- Sammelplatz 2: Ecke Bahnhofstraße — Neustadt**  
mit Schülberger Weg, Heegstrauch- und Altenfelds-  
weg, Neustadt, Marktstraße, In Löbers Hof, Sandgasse, Pfarrgarten, Wetzsteingasse, Wetzsteinstraße, Kirch-  
straße, Burggraben, Zozelgasse, Bahnhofstraße zwi-  
schen Neustadt und Kaplansgasse.
- Sammelplatz 3: Ecke Steinstraße — Dammstraße**  
mit Steinstraße und Nordanlage zwischen Neustadt und  
Ederstraße, Dammstraße, Schillerstraße, Weserstraße,  
Ederstraße, Im Garfeld, Zu den Mühlten.
- Sammelplatz 4: Ecke Asterweg — Nordanlage**  
mit Steinstraße und Nordanlage zwischen Ederstraße  
und Marburger Straße, Asterweg, Schottstraße, Schwarz-  
lochweg, Werrastraße, Am Sandfeld, Auf dem Sandfeld,  
Wißmarer Weg.
- Sammelplatz 5: Ecke Marburger Straße und Steinstraße**  
mit Marburger Straße bis Friedhofsallee, Friedhofsallee,  
Am Rödberg.

### Bezirksarchitekt Schuhmacher

- Sammelplatz 1: Ecke Molke- und Roonstraße**  
Kaiserallee und Molkestraße.
- Sammelplatz 2: Ecke Kaiserallee und Wolfstraße**  
Unter der Liebigshöhe, Tannenweg, Jahnstraße, untere  
Wolfstraße, Curtmannstraße, Fröbelstraße, In den Eich-  
gärten und Eichgärtenallee.
- Sammelplatz 3: Ecke Kaiserallee und Roonstraße**  
Roonstraße, Großer Steinweg, Eichweg, Ostanlage,  
Wiesenstraße, Gutfleischstraße.

### Bezirksarchitekt Meyer

- Sammelplatz: Ecke Liebigstraße und Ebelstraße**  
Straßen: Liebigstraße vom Aulweg bis an den Bahn-  
körper Riegelpfad und Alicenstraße ganz, sowie die  
dazwischen liegenden Teile der Querstraßen.

### Bezirksarchitekt Nikolaus

- Sammelplatz 1: Hotel Schütz**  
Bahnhofstraße (von der Wieseck bis Hotel Schütz),  
Grabenstraße, Westanlage (von Bahnhofstraße bis Sel-  
terstor), Bahnhofstraße (von Hotel Schütz bis Schanzen-  
straße), Westanlage (von Hotel Schütz bis Schanzen-  
straße), Schanzenstraße, Wolkengasse.
- Sammelplatz 2: Plockstraße — Ecke Anlage**  
Seltersweg (von Goethestraße bis Kreuzplatz), Plock-  
straße, Johannesstraße, Maigasse, Goethestraße (von  
Anlage bis Ludwigstraße), Bismarckstraße (von Anlage  
bis Lonystraße), Südanlage (von Goethestraße bis  
Theater), Lonystraße.
- Sammelplatz 3: Bahnhofstraße — Ecke Mühlstraße**  
Bahnhofstraße (von Schanzenstraße bis Neustadt), Mühl-  
straße, Westanlage (von Schanzenstraße bis Neustadt),  
Mühlgasse, Tiefenweg, Kaplansgasse, Löwergasse, Ka-  
tharinengasse, Teufelsstülgärtchen.
- Sammelplatz 4: Finanzamt**  
Goethestraße (von Ludwigstraße bis zur Bahn), Lud-  
wigstraße (Goethestraße bis Neustadt), Stephan-  
straße (Goethestraße bis zur Bahn), Bleichstraße (Lud-  
wigstraße bis Gmaultstraße), Lessingstraße, Gmault-  
straße, Bruchstraße.
- Sammelplatz 5: Selterstor**  
Frankfurter Straße (Selterstor bis zur Wieseck), Selters-  
weg (Selterstor bis zur Goethestraße), Goethestraße bis  
zur Anlage, An der Johanneskirche, Südanlage (bis zur  
Goethestraße), Bleichstraße (bis zur Ludwigstraße),  
Löberstraße (von Bleichstraße bis zur Goethestraße).

### Bezirksarchitekt Fischer

- Sammelplatz 1: Ecke Frankfurter Straße, Wetzlarer Weg**  
untere Frankfurter Straße bis Ecke Klinikstraße, Wetz-  
larer Weg bis Ecke Hofmannstraße, Wilhelmstraße bis  
Ecke Rodthohl, Rodthohl, Hofmannstraße, Friedrich-  
straße bis Ecke Röntgenstraße und Kliniksviertel.
- Sammelplatz 2: Ecke Frankfurter Straße — Schubertstraße**  
Rest Frankfurter Straße, Seibertstraße, Händelstraße,  
Beethovenstraße.
- Sammelplatz 3: Ecke Wartweg — Uhlantstraße**  
Wartweg, Freilichtstraße, Am Schlangenzahl, oberer  
Aulweg bis Ecke Leihgesterner Weg, Leihgesterner Weg,  
Fichtestraße, Amtsstraße, Rest Friedrichstraße.
- Sammelplatz 4: Ecke Aulweg — Wilhelmstraße**  
Rest Wilhelmstraße, obere Ludwigstraße bis Ecke Lie-  
bigstraße, Iheringstraße, Günthersgraben, Eise-Brand-  
ström-Straße, Auf der Weißerde, Welkerstraße, Am  
großen Morgen, Unterhof.

### Bezirksarchitekt Seuling

- Sammelplatz: Am Biebertalbahnhof**

### Bezirksarchitekt Fink

1. Sammelplatz: Ecke Mittelweg — Crednerstraße.
2. Sammelplatz: Ecke Glaubrechtstraße — Buchnerstraße  
Für die Bewohner der umliegenden Straßen.

Diese Bekanntmachung zeigt <sup>Schmidt, Gießen</sup> wie nötig die Mithilfe der Bevölkerung bei der Trümmerbeseitigung war!!



Aus dem Aufruf wird ersichtlich, daß die Trümmerbeseitigung zwei Jahre nach dem Kriegsende noch große Probleme bereitete. Der Arbeitskräftemangel war auch deshalb so gravierend, weil viele Beschäftigte bei den Amerikanern arbeiteten, wo sie sich eine bessere Verpflegung erhofften. Klage führte der OB auch über den ungenügenden Lkw-Bestand, um den Schutt abzutransportieren. Es wird in dem Aufruf auch eine wichtige Einrichtung genannt, die bei dem Thema Trümmerbeseitigung nicht weggedacht werden kann: der FAD, d.h. der Freiwillige Aufbaudienst. Dieser FAD war schon im Sommer 1946 noch unter OB Dönges, der noch von der Besatzungsmacht eingesetzt war, ins Leben gerufen worden. "Überall wurde geschippt und ausgebessert, und an den Sonntagen fanden sich Tausende bereit, unter persönlicher Führung der Stadtverwaltung, die Straßen vom Schutt zu säubern und wieder passierbar zu machen."<sup>7</sup> Was bereits im Jahre 1945 geleistet worden war, darüber berichtete der Leiter der Baugemeinschaft, Architekt Dirksmüller in der Gießener Freien Presse:

### Wiederaufbau in Gießen

Die ausführlichen Darlegungen der Wiederaufbaupläne in der Stadt Frankfurt/Main ("Frankfurter Rundschau" vom 5.03.46) geben Anlaß zu einem Hinweis auf den Stand der Arbeiten in Gießen.

Hier nahm Anfang Juli 1945 die "Baugemeinschaft für den Wiederaufbau im Stadt- und Landkreis" ihre Arbeit auf. Es wurde keine besondere Abteilung Statistik eingerichtet. Vielmehr wurden alle auf diesem Gebiet unumgänglich erforderlichen Arbeiten von den Bezirksarchitekten im Rahmen ihrer Tätigkeit miterledigt.

Bereits im Juli 1945 wurden Gleisanlagen gelegt und Bagger eingesetzt, um tatkräftig an die Aufräumung zu gehen, ohne daß allzuviel Zeit durch langwierige Besprechungen vergeudet wurde. Bis heute ist eine Fläche von ca. 28.000 qm restlos von Schuttmassen gesäubert. Auf dieser Grundlage kann die von mir ausgearbeitete Stadtplanung, die heute bereits genehmigungsreif ist, aufbauen. Die von mir vorgesehene Neuplanung des Stadtkerns sieht u.a. 2 unvermeidliche Durchbrüche vor, durch die der Anforderungen des modernen Verkehrs Rechnung getragen wird. Nach neuerlichen Überarbeitungen ist die Planung nun auch in wirtschaftlicher Hinsicht so durchdacht, daß auch in dieser Beziehung Bedenken kaum noch vorgebracht werden können.

Von den 1945 in die Dringlichkeitsstufen eingereihten 500 Häusern wurden bisher über 80 Prozent (z.T. behelfsmäßig) fertiggestellt. Etwa 500 Baugesuche aller Baugattungen wurden darüber hinaus freigegeben. Der größte Teil dieser Bauvorhaben ist im Rohbau vollendet. Der freien Initiative wurde trotz des allgemeinen Bauverbotes ein weiterer Spielraum gelassen.

\* Wegen des schlechten Zustandes des Originals erfolgte Abschrift.

Durch Unterstützung von über 1000 Selbsthilfemaßnahmen durch Materialzuweisungen seitens der Baugemeinschaft konnte ein großer Teil von Wohnungen vor dem Verfall gerettet werden.

Es entspricht nicht der katastrophalen Not unserer Zeit, mit bürokratischer Sturheit nur endgültige Baulösungen freizugeben. Vielmehr macht die Not im Hinblick auf die noch kommenden schlechten Wirtschaftsjahre vorerst z.T. Behelfslösungen unvermeidlich, wenn der Wohnungsbedarf gedeckt und das Geschäftsleben einigermaßen aufrecht erhalten werden soll. Daneben sollen und müssen im Hinblick auf die neue bauliche Stadtwerdung Aufbauvorhaben in endgültiger Form entstehen. Aber hier hat die wirtschaftliche und soziale Lage die Grenzen des Möglichen zu bestimmen.

Aus den Reihen der Bevölkerung wurde die freiwillige Mithilfe am Wiederaufbau an uns herangetragen. Mit sofortiger Unterstützung der Baugemeinschaft entstand als selbständige Organisation der "Freiwillige Aufbau-Dienst", in dem etwa 50 % freiwillige Helfer in ihrer Freizeit bereits ansehnliche Zusatzleistungen vollbrachten.

Anfang Dezember 1945 wurde ein Wiederaufbau-Ausschuß zur Unterstützung der Baugemeinschaft gegründet, dem u.a. auch die Beurteilung der Baugesuche nach wirtschaftlichen, sozialen und politischen Gesichtspunkten obliegt, was jetzt ja auch von Regierungsseite allgemein vorgeschlagen wird.

Von Seiten der Stadtverwaltung wurde der Baugemeinschaft in der Erkenntnis, daß nach bisherigen bürokratischen Methoden die Not nicht zu bannen ist, volle Unterstützung gewährt. Wir werden demnächst über die praktischen Erfolge unserer Arbeit einen genauen Rechenschaftsbericht vorlegen können. Dieser Bericht wird deutlich vor Augen führen, daß es im wesentlichen der Gründung und der Tätigkeit der Baugemeinschaft für den Wiederaufbau als vorübergehender Notgemeinschaft zu verdanken ist, wenn Gießen heute hinsichtlich des Wiederaufbaues mit an erster Stelle in Groß-Hessen steht.

H. Dirksmöller, Freier Architekt  
und Leiter der Baugemeinschaft

Wie diese Trümmerbeseitigung vor sich ging, konnten wir im Interview mit Gießern erfahren, die damals halfen. Besondere Probleme waren z.B., daß der Schutt nicht einfach abtransportiert werden konnte, sondern daß die Backsteine ausgebuddelt, aussortiert, gesäubert und aufgeschichtet werden mußten, weil sie ja wiederverwendet werden sollten. Erinnern konnten sich die Helfer auch noch daran, daß die verbogenen leichten T-Träger und das Gestänge (welches der statischen Sicherung des Hauses diene) einem ständig im Weg war und daher gleich am Anfang mühsam weggeschafft werden mußte. Probleme bereiteten auch die schweren



Doppel-T-Träger, die nicht abtransportiert werden konnten, weil nicht genügend Transportmittel zur Verfügung standen, bzw. diese von der Besatzungsmacht requiriert worden waren. Bei manchen Räumungsaktionen mußte auch bedacht werden, daß Trümmerreste auf die Arbeitenden herunterfallen konnten.

Deshalb wurden einige Ruinen vor der Aufräumarbeit zum Einsturz gebracht. Manche Jungen, die bei dieser Arbeit zusahen, wollten dann solche Aktionen nachahmen und brachten sich selbst in eine oft lebensbedrohende Situation. Mancher unliebsame Zeitgenosse wollte weniger bei der Trümmerbeseitigung helfen als vielmehr "Fundstätten" für Kupferkabel, Bleirohre, etc. auskundschaften, die sich dann günstig bei den Schrottverwertungsfirmen versetzen ließen (z.B. Firma Schmitt, Rodheimer Straße). Deshalb wurden an Ruinengrundstücken, wo besonders reichhaltig solches Material zu finden war, zeitweise Posten aufgestellt.

Alles, was irgendwie noch zu verwerten war, wurde von diesem Wiederaufbaudienst gesammelt und wiederverwendbar gemacht, so z.B. der von den Steinen abgeklopfte Mörtel als Zusatzstoff für Zement genutzt, die aus Balken und Brettern entfernten Nägel gerade geklopft und Holzbalken, Fensterrahmen usw. für andere Gelegenheiten verwendet, wenn sie nicht schon vorher von der Bevölkerung als Brennmaterial entwendet waren.

In der theoretischen Diskussion machte man sich schon sehr früh Gedanken zum "wirtschaftlichen Anwendungsbereich der Trümmerbaustoffe". Ein Bauingenieur Wolfgang Triebel kommt 1948 in der Baurundschau zu folgendem Ergebnis: "Es bedeutet deshalb nicht, dieser etwaigen Weiterentwicklung des Hohlblockes vorzugreifen, wenn abschließend festgestellt wird, daß innerhalb der Wandbauarten aus Trümmerbaustoffen, insbesondere aus Ziegelsplittbeton, der Hohlblock nach allen drei Maßstäben (Kohlebedarf, Arbeitsaufwand und -kosten) die günstigste Bauart ist."<sup>8</sup>

Der von der Stadt initiierte und geleitete Wiederaufbau begann eigentlich erst mit dem Wiederaufstehen des politischen Lebens. Das aber setzte Wahlen voraus, und diese Parteigründungen. Das bedeutete, daß erst ab 1946 mit wirksamen öffentlichen Wiederaufbaumaßnahmen zu rechnen war. Private Baumaßnahmen geschahen aber schon 1945/46 und liefen unter der Rubrik "Schwarzbauten". Es ist schon erstaunlich, woher private Bauherren in der Schillerstraße, Südanlage und sogar im Stadtkern die Baustoffe, vor allem den Zement, herbekamen, mit denen sie dann - zum Teil ohne sich überhaupt um die Baubehörde zu kümmern - Wiederaufbau betrieben.

Das veranlaßte das Land Hessen, ein allgemeines Bauverbot am 14. Juni 1946 zu erlassen. Ausgenommen waren lediglich die Bauten, die im Rahmen des hessischen Notbauprogramms

---

8 Wolfgang Triebel, Der wirtschaftliche Anwendungsbereich der Trümmerbaustoffe, Baurundschau Jg. 38, Hamburg 1948, Nr. 7/8, S. 168.

errichtet werden sollten. Die von diesem Programm betroffenen Personen waren total Ausgebombte, Evakuierte, dringend wohnungssuchende kinderreiche Familien, politisch, rassisch und religiös Verfolgte sowie Schwerbeschädigte. Seit April 1946 waren durch die Hauptabteilung Wiederaufbau des Innenministeriums in Wiesbaden alle "aus der laufenden Produktion anfallenden Baustoffe ... beschlagnahmt und über die Bezirks- und Kreisstellen für Bauwirtschaft an freigegebene Bauvorhaben vergeben worden."<sup>9</sup> Das aber bedeutete in der Praxis, daß private Bauträger von der Stadt und vom Staat kein Material zu erwarten hatten, wie überhaupt in dieser Zeit die Einzelinitiative und Improvisationskunst gefragt war und von den deutschen Behörden wenig erwartet wurde. Im Februar 1946 waren in hessischen Städten demokratische Bauausschüsse gegründet worden, in denen der OB, der Stadtbaurat, Vertreter der politischen Parteien, Sachverständige, Vertreter der Industrie- und Handelskammer, Handwerkskammer, Architekten, Vertreter der Bauwirtschaft und Gewerkschaften saßen. Dieses so vielfältig zusammengesetzte Gremium hatte dann vor allem die Mängelverwaltung zu betreiben. Der Wiederaufbau kam daher in den Jahren 1945 bis 1948 nur recht langsam in Gang. Diese Tatsache aber hatte ungeahnte politische Folgen. In Gießen war aus den ersten Kommunalwahlen im Mai 1946 die SPD mit 14 von 24 Sitzen als absolut stärkste Partei hervorgegangen. Sie stellte bis 1948 in Albin Mann den Gießener OB, konnte aber ihre starke Stellung bei der zweiten Kommunalwahl nicht mehr halten, weil man ihr den nur zögernden Wiederaufbau zur Last legte. Daß der Wiederaufbau in dieser Zeit vor allem an der Bewirtschaftung der Baustoffproduktion scheitern mußte, wird z.B. an folgenden Zahlen klar: "Die Stadt Gießen hat für den Monat August 1947 31.000 Backsteine (ein einstöckiges kleines Typenhaus erfordert 38.000 Backsteine) und 64 t Zement (für eine Decke sind allein 30 t nötig) zur Verfügung."<sup>10</sup>

Man sieht: Obwohl die Stadtverwaltung dem Schwarzhandel in Baumaterial "durch restlose Erfassung der Baustoffherzeugung mit allen Mitteln entgegenarbeiten" sollte, konnte sie damit nicht eine einzige Tonne Zement mehr für ihre Bauvorhaben bekommen. Die Behörden in Gießen und Wiesbaden wirkten zudem noch gegeneinander, weil das Wirtschaftsministerium die Zuteilung von Baustoffen an Betriebsangehörige genehmigt hatte, "wenn dies der Aufrechterhaltung des Betriebes dient". So erhielten die Arbeiter in den Ziegeleien 500 Steine pro Woche als Deputat, die sie dann selbst verbauen oder an Baugenossenschaften aus Belegschaftsmitgliedern veräußern konnten. Diese Baugenossenschaften waren im Grunde große Schieberbetriebe. Ein Betrieb in der Nähe von Gießen, in dem 67 Arbeiter beschäftigt waren, konnte auf diese Weise pro Woche die gesamte Monatsrate der Stadt Gießen (33.000 Steine) auf dem Schwarzen Markt verschieben.

Alle Behördenweisheit konnte also nichts gegen den Schwarzen Markt ausrichten. Da half es auch nichts, daß der hessische Minister Binder einen "ständigen Aufbaurat" zusammenrief, "der

9 Gießener Freie Presse 19.08.1947

10 Gießener Freie Presse 19.08.1947



die besten Fachleute aus allen am Bauwesen interessierten Kreisen Großhessens umfassen sollte."<sup>11</sup> Da in allen öffentlichen Baugremien auch wirtschaftlich und politisch gebundene Persönlichkeiten saßen, war gar nicht anzunehmen, daß die wenigen öffentlichen Bauaufträge nach ausschließlich sachlichen Gesichtspunkten vergeben werden würden. Schon bevor die erste Stadtverordnetenversammlung gewählt worden war, also noch vor Mai 1946, hatte man sich in der Stadtverwaltung und im sogenannten Bürgerausschuß, einem bloß beratenden Organ aus Vertretern der zugelassenen politischen Parteien, Gedanken über einen Bebauungsplan gemacht. Aus der Gießener Freien Presse (GFP) vom 1.2.1946 konnten wir entnehmen, daß vor allem zwei Modelle vorgestellt wurden. Die beiden vortragenden Architekten, Herr Gruber und Herr Dirksmüller, unterschieden sich in folgendem: Prof. Gruber sieht aus verkehrstechnischen, wirtschaftlichen und historischen Gesichtspunkten heraus die Führung des Seltersweges über den vergrößerten Marktplatz durch die Walltorstraße bis zur Marburger Straße als Geschäftsstraße vor. Dabei soll das architektonische Kleinod der Stadt Gießen, der Gebäudekomplex Altes Schloß, Neues Schloß, Zeughauskaserne, Botanischer Garten über die Sonnenstraße mit einem **Durchbruch** durch den Botanischen Garten erschlossen werden.

Architekt Dirksmüller schlug dagegen eine Führung des Seltersweges mit einem neuen Durchbruch vom Kreuzplatz über die Wagengasse, Schulstraße zum Brandplatz mit der Weiterführung über die Landgrafenstraße zur Ostanlage vor.

Diese Vorschläge konnten aber zunächst zu keiner Entscheidung führen. Man mußte warten, bis die neugewählte Stadtverordnetenversammlung entschieden hatte. Grundlinien der späteren Bebauung werden aber schon erkennbar: Man plante im wesentlichen nach verkehrstechnischen und wirtschaftlichen Gesichtspunkten. Dabei bevorzugten manche zunächst die traditionelle Fluchtlinienführung, ohne aber die Stadt nach historischen Gesetzen wiederaufbauen zu wollen.

Schon auf ihrer zweiten Sitzung am 26. Juli 1946 (parlamentarische Sommerpause gab es damals noch nicht) beriet das Gießener Stadtparlament bereits über einen neuen Bebauungsplan. OB Mann erklärte dabei, die Planungen in Gießen seien weiter fortgeschritten als in anderen hessischen Städten. Man zeichne gerade einen neuen Plan über den alten "und nach der Neuplanung durch die vorgesetzten Dienststellen und der hoffentlich zwischenzeitlich erfolgten Verabschiedung des Gesetzes über die Umlegung, werde man an die äußerst schwierige Frage des Umlegungsverfahrens in zertrümmerten Stadtzentren gehen können."<sup>12</sup>

Diese Auffassung war aber viel zu optimistisch. Erst ab 1948 sollte ein Baulandumlegungsverfahren möglich sein. Natürlich wollte jeder so schnell wie möglich die Trümmerlandschaft beseitigt sehen. Es gab aber auch Menschen, die Furcht vor den neuen Bauplänen hatten, so vor allem die Besitzer von Ruinengrundstücken. Es mußten also öffentliche und private Interessen

11 Gießener Freie Presse 15.02.1946

12 Sitzungsprotokoll vom 26.07.1946

austariert werden. Daß es dabei keine so lautstarken Auseinandersetzungen wie heute gab, ist darauf zurückzuführen, daß eine kritische Öffentlichkeit damals nicht existiert hat, ja gar nicht existieren konnte, denn jeder betrachtete nur seine eigenen Probleme.

Stadtbaudirektor Gravert beschreibt die Stadtplanungssituation wie folgt: "Schon im Jahre 1946 hatten verschiedene Fachleute zu planen begonnen, aber Lösungen, die die Struktur und den Organismus Gießens nicht kannten, mußten fehlschlagen. Man träumte von neuen Gebilden der Stadtform und verlor dabei den Boden unter den Füßen. Wettbewerbe sollten dabei die Lösung für den gesamten Wiederaufbau bringen, aber wie bald kam die Ernüchterung, als man feststellen mußte, wie teuer Illusionen sind und wie wenig im Grunde genommen eine Generation, genauer eine einzelne Generation zu leisten vermag. Man vergaß, daß eine Stadt ebenso eine lebende Entwicklung darstellte wie ein Baum.

Deshalb konnte nur aus gründlicher Kenntnis des Stadtorganismus ein neuer Plan entstehen, der andererseits auch vieles offen halten mußte, weil wir die Zukunft nicht kannten und das Leben stärker war als unser Können."

Bis der Plan des Stadtbaudirektors Gravert verwirklicht werden konnte (November 1949 erlangte er Rechtskraft), gab es noch heiße Diskussionen in der Presse. Zugleich mit den schon genannten Experten Gruber und Dirksmöller legte auch Gravert, der auch Leiter des Stadtbauamtes vor 1945 gewesen war, ein Projekt vor, das aber nicht veröffentlicht wurde. Gravert mußte in dieser Zeit aus politischen Gründen noch Zurückhaltung üben. Weitere Pläne folgten im Laufe des Jahres 1946, so die Pläne von Prof. Grund und Prof. Schweizer (Frühjahr 1947). Dazu kam ein anderer Entwurf des Stadtbaudirektors Hardt. Gutachter waren aufgeboten worden, aber obwohl die Angelegenheit eilte, war von den Gutachtern kein Urteil zu erwarten. Nach weiteren Vorschlägen machte der Stadtverordnete Architekt Nicolaus Bebauungsvorschläge in seiner Eigenschaft als Bauausschußmitglied. Die Interessen des Haus- und Grundbesitzervereins vertrat er als Vorsitzender noch nebenbei mit in der Öffentlichkeit. "Bei seinem Vortrag zeigte er auch den Entwurf eines seiner Angestellten, des bereits am Anfang erwähnten Architekten Gravert, dessen Ideen interessanterweise mit den seinen eine starke Verwandtschaft zeigen, obwohl zwischen beiden vorher kein Gedankenaustausch stattgefunden haben soll."<sup>13</sup>

Nach der Kommunalwahl von 1948 wurde Architekt Nicolaus zum Beigeordneten gewählt und legte sämtliche Planungsunterlagen im Regierungspräsidium Darmstadt vor. Der Gutachter, Regierungsbaurat Gaßner, verfertigte im Juli 1948 sogar noch einen eigenen Entwurf der Regierung. Sämtliche Pläne wurden sodann ausgestellt. "In diese Ausstellung lud der Dezernent für das Bauwesen, Nicolaus in seiner Eigenschaft als freier Architekt eine Anzahl Gießener Architekten und nahm von diesen nach zweistündiger Beratung den Antrag entgegen, in seiner Eigenschaft als Dezernent und Mitglied des Bauausschusses diesem Ausschuß seine eigenen



Pläne, sowie die Entwürfe von Prof. Gruber und Architekt Gravert als Grundlage für einen endgültigen Bebauungsplan zu empfehlen. Daß dabei einige Fachkollegen, die durch Gedankenaustausch zu seinem Entwurf beigetragen haben, gleichfalls mitbestimmen, hingegen andere Gießener Planverfasser gar nicht geladen waren, sei nur am Rande vermerkt."<sup>14</sup>

Hier waren also private Interessen mit öffentlichen vermischt worden. Ein Privatarchitekt war Baudezernent geworden und trat selbst als Mitbewerber an der Planung auf. Eine wachsame Presse erreichte, daß ein paar Tage später dieser "Privatinteressenvertreter" seine beiden Pläne zurückzog. In der Diskussion kamen auch die ausgebombten Kaufleute mit ihrem Sprecher zu Wort, der die städtischen Stellen bat, die Planung schnellstens in die Tat umzusetzen, "um eine weitere Schädigung des Handels zu vermeiden, und Gießen wieder die Entwicklung zur Metropole von Oberhessen zu ermöglichen."<sup>15</sup>

OB Dr. Englert stimmte dem zu und betonte, "daß die Wirtschaft in kürzester Zeit in der Lage sein werde, ihre Initiative bei der Planverwirklichung unter Beweis zu stellen."<sup>16</sup>

Man sieht, die Geschäftswelt Gießens wollte ein entscheidendes Wort mitreden beim Wiederaufbau. Die mehr links stehende GFP kommentierte ironisch: "Dann können die in Gießen beschäftigten, aber noch auswärts wohnenden Mitbürger hier Wohnungen erhalten."

Weiter hieß es: "Die Hausbesitzer werden wieder Mieten einnehmen und die Gießener Geschäftsleute größeren Absatz erzielen können. Unsere Stadtkasse wird durch erhöhte Einkommenssteueranteile, mehr Umsatz- und Gewerbesteuer, verstärkte Einnahmen aus den Versorgungsbetrieben usw. profitieren. Vor allem aber ein psychologisches Aktivum! - werden die durch viele Jahre 'in der Fremde' lebenden Gießener endlich zurückkehren und ihr Einkommen hier verleben können." Im Gießener Forum, das alle diese Fragen diskutierte, meldete sich auch Architekt Dirksmüller zu Wort und faßte seinen Eindruck wie folgt zusammen: "Materielle Gesichtspunkte wie Verkehr und Wirtschaft sind offenbar allein für den Wiederaufbau maßgebend, während geistig-künstlerische Momente mit keinem Wort erwähnt werden."<sup>17</sup> Alle waren sich nur über eines im Klaren: Die Entscheidung, eine ausgebombte Stadt wieder aufzubauen, war so folgenswer, daß noch spätere Generationen davon betroffen wären.

Zwei entgegengesetzte Vorstellungen gab es für den Wiederaufbau zerbombter Städte:

1. Man baut nach dem alten Stadtplan mit geringfügigen Abweichungen. Diese sollen nur dort vorgenommen werden, wo auch vorher unmögliche Verkehrsverhältnisse geherrscht haben. Je nach Ansicht wurde das traditionell oder rückschrittlich genannt.

14 Gießener Freie Presse 28.09.1948

15 Gießener Freie Presse 30.09.1948

16 Gießener Freie Presse 30.09.1948

17 Gießener Freie Presse 16.10.1948 Architekt Dirksmüllers alternative Vorstellungen von 1946, zu denen wir uns ausdrücklich bekennen, werden im Anschluß an diese Veröffentlichung erneut publiziert.

2. Man bezieht das, was an Bausubstanz da ist, in eine neue Planung mit ein, die aber mit alter Straßenführung aufräumt. Manche nennen das radikal, andere modern.

### **Aufbau nach Plan - Warum der Plan Gravert angenommen wurde!**

Der Plan Gravert beruht auf der Vorstellung, die Stadt nach dem alten Stadtplan wieder aufzubauen, es wurde also traditionell verfahren.

Nach langer Diskussion in der Presse, in der Öffentlichkeit und in den städtischen Gremien wurde schließlich im Herbst 1948 in der Stadtverordnetenversammlung beschlossen, den Plan des Architekten Gravert in seinen Grundzügen anzunehmen. Allerdings mußten einige Details überarbeitet werden, damit dieser modifizierte Plan so schnell wie möglich verwirklicht werden konnte.

Für diesen Entschluß der Stadtverordnetenversammlung sind folgende Überlegungen insbesondere bestimmend gewesen:

1. Nachdem Gießen zerstört worden war, waren die sechs Pfeiler des wirtschaftlichen Lebens, Garnison, Handel, Universität und verschiedene Verwaltungen von Reich und Land, vor allem aber Industrie und Gewerbe stark angeschlagen. Der Handel war nun zum wichtigsten Faktor des wirtschaftlichen Lebens geworden, sollte also wieder aktiviert und gefördert werden. Voraussetzung war, daß die Innenstadt, also das natürliche Zentrum des Handels, so rasch wie möglich wieder funktionsfähig gemacht, d.h. wiederaufgebaut werden konnte, um der wirtschaftlichen Konkurrenz der beiden weniger zerstörten Nachbarstädte Marburg und Wetzlar entgegenwirken zu können. Gegenüber Marburg war Gießen schon ins Hintertreffen geraten, weil es 1946 seine Volluniversität eingebüßt, Marburg diese aber behalten hatte.

"Nachbarstädte sind immer und selbst dann noch Rivalen, wenn sie auf Grund ihrer historischen Entwicklung und ihrer geographischen Lage verschiedene STRUKTUREN aufweisen und bis dahin andere Aufgaben zu erfüllen hatten. Die Geschichte lehrt, daß die Funktion einer zerstörten Stadt sehr oft von einer Nachbarstadt übernommen und von ihr nicht wieder abgegeben wurde."<sup>18</sup>

2. Durch den verlorenen Krieg wurden nicht nur die Einwohner, sondern auch die Städte und Gemeinden bettelarm. Infolge der Währungsreform wurde die Menge des vorhandenen Geldes noch geringer. Auch finanzielle Hilfe von außen konnte man nicht erwarten. So mußten die Pläne, sollten sie tatsächlich realisierbar sein, den finanziellen Umständen angepaßt werden.

---

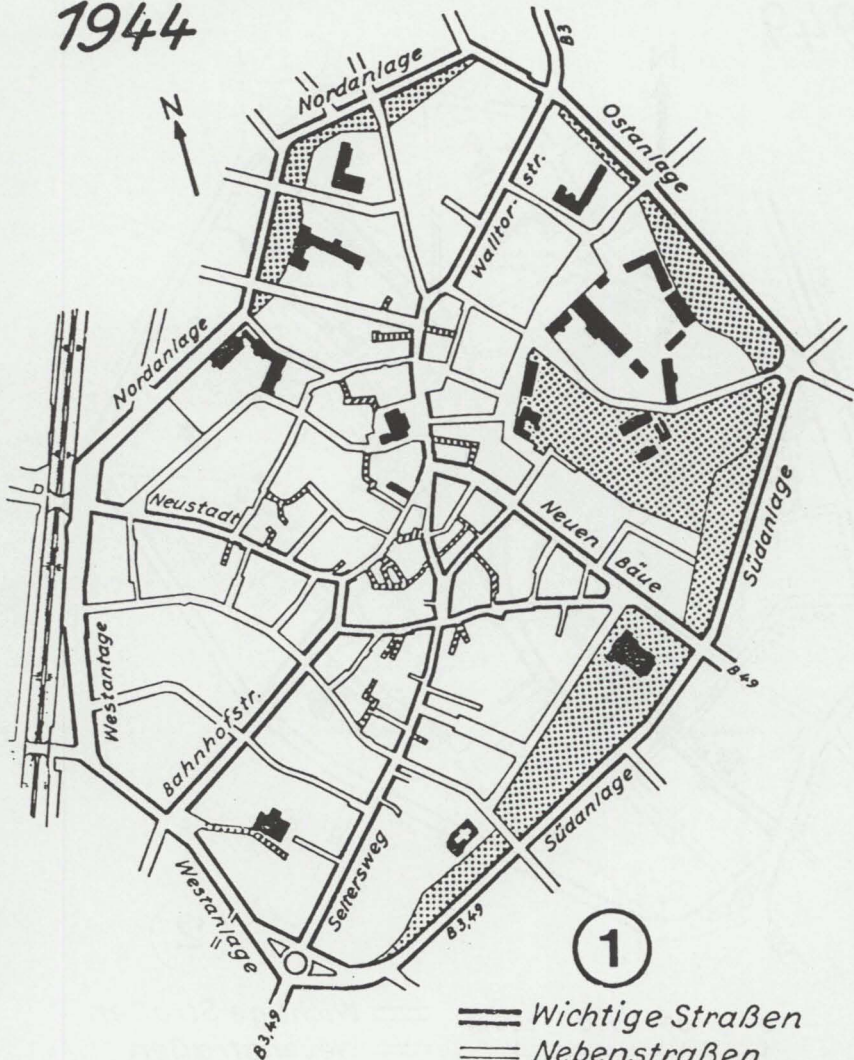
<sup>18</sup> Heinrich Schmidt, "Gießener Entwicklung von der mittelalterlichen Innenstadt zum modernen Geschäftszentrum", MOHG 1962, S.99.



# Giessen - Innenstadt

## Alte Straßenführung

### 1944



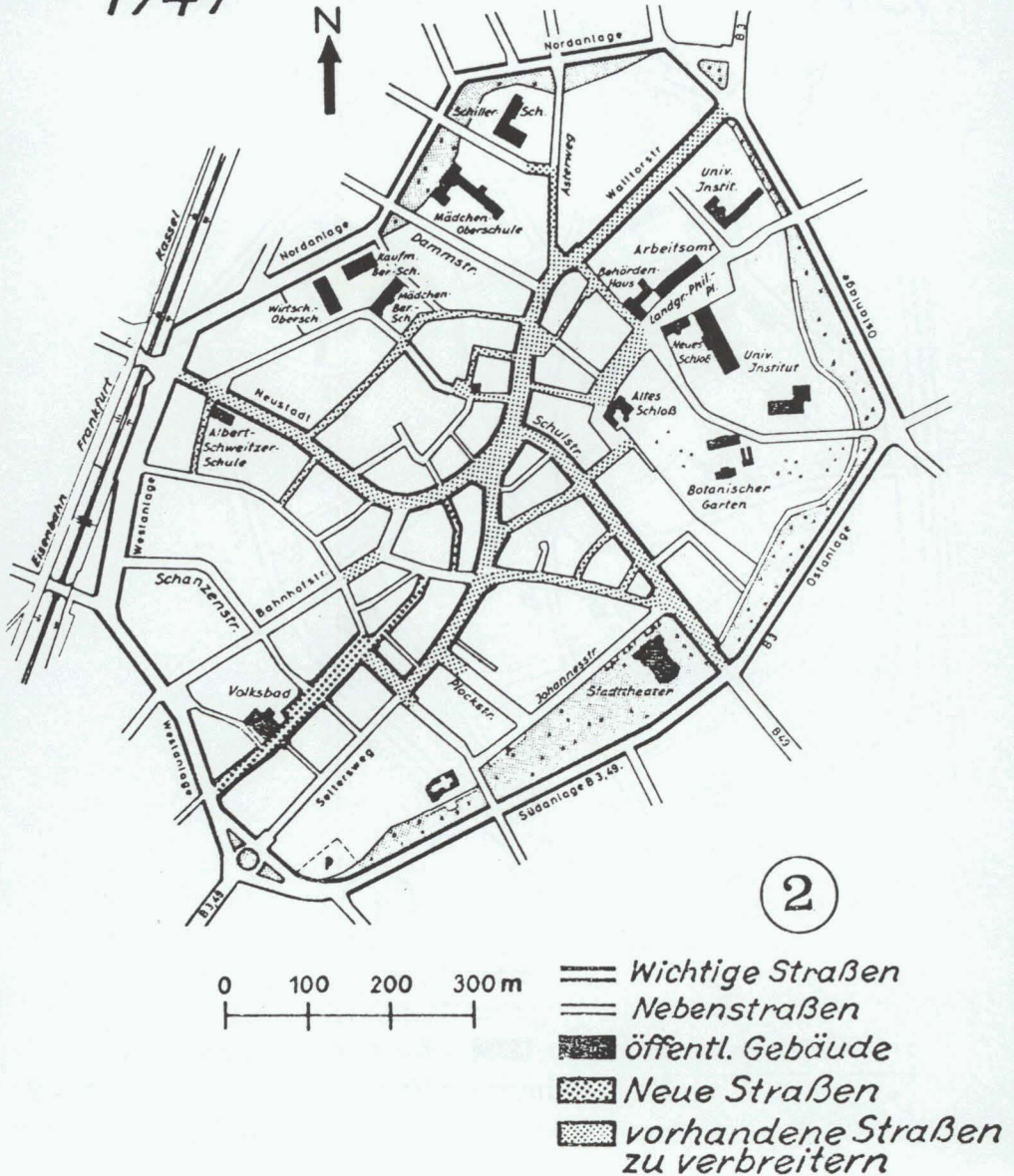
0 100 200 300 m

- ①
- Wichtige Straßen
  - Nebenstraßen
  - öffentl. Gebäude
  - ▤ Mit Beschluß vom 5.5.1949 aufgehobene Wegefächern

# Giessen-Innenstadt

## Gepl. Straßenführung

### 1949





Der Vergleich der beiden Karten (Karte 1 und 2) zeigt deutlich, daß sich die Straßenführung Gießens nicht sonderlich verändert hat, abgesehen vom Wegfall einiger Wege und Gassen. Die einzige Änderung, die vorgenommen wurde, war die Verbreiterung der Hauptverkehrsstraßen.

3. Das vielfach 5 m tief gelegene Kanalnetz blieb zum größten Teil unzerstört. Es blieben zwei Möglichkeiten: Entweder man behielt das alte Kanalnetz bei, wodurch eine Veränderung der Straßenführung nicht möglich war, oder man baute ein neues Kanalsystem, wobei die Straßenführung verändert werden konnte, allerdings würden dabei die Kosten ungeheuer in die Höhe schnellen. Der Plan Gravert entsprach den Vorstellungen der Stadtverordnetenversammlung in diesem Punkt, da er vorsah, die traditionelle Straßenführung samt Kanalnetz beizubehalten.<sup>19</sup>

"Die vorhandenen Straßen waren deshalb, entsprechend den zu erwartenden Bedürfnissen, zu verbreitern, zu begradigen und in ihrem Höhenverlauf auszugleichen."<sup>20</sup>

4. Auch mußte man den Interessen und ausdrücklichen Forderungen der bisherigen Grundstückseigentümer entgegenkommen, die an der alten Stelle wieder aufbauen wollten. Niemand war in der Zeit nach der Währungsreform bereit, sein Grundstück an Wohnungsbau-Gesellschaften oder an die Stadt zu verkaufen. Jeder wollte an gewohnter Stelle seine Geschäfte tätigen und vor allem wohnen. Diesen Forderungen kam ebenfalls der Plan Gravert nach Meinung vieler Stadtverordneter entgegen.
5. Ein gewisser Nachteil war die fehlende Erfahrung über den Wiederaufbau zerstörter Städte. Aber auch anderen Städten ging es nicht besser. Die vorhandenen Baumaterialien durften in der ersten Zeit nur für dringende Reparaturen beschädigter Wohnungen, nicht aber für den Wiederaufbau oder Neubau ganzer Straßenzüge verwendet werden.
6. Da Gießen eine Mittelstadt war und aufgrund seiner geographischen Lage und der wirtschaftlichen Verhältnisse es auch bleiben konnte, waren die Pläne sämtlicher Architekten nur für eine Mittel- und keine Großstadt ausgelegt.

Diese sechs Gründe waren ausschlaggebend dafür, daß kein anderer Plan als eben der Plan Gravert angenommen wurde.

Im Winter 1948/49 wurden dann die ersten Spezialpläne, insbesondere der Fluchtlinienplan erstellt. Die Einzelheiten der Straßenführung wurden in der Stadtverordnetenversammlung am 5.5.1949 beschlossen.

<sup>19</sup> H. Schmidt in: MOHG 46, a.a.O., Seite 99. Die Karten stammen von Autor H. Schmidt.

<sup>20</sup> MOHG 46, a.a.O., Seite 99

Von 600 Grundstückeigentümern, die von den geplanten Veränderungen betroffen waren, wurden nur 10 Einsprüche eingereicht, die sich allerdings nicht gegen die Konzeption des Plans richteten, sondern eher die noch festzusetzenden Entschädigungen des für die Straßenverbreiterungen abzugebenden Grundes und Bodens und der noch abzubrechenden Gebäude und Ruinen betrafen.

"Da aber die Lösung dieser Frage nicht in das Planfeststellungsverfahren, sondern in das anschließende Verfahren zur Bodenordnung gehört, konnten die wenigen eingegangenen Einsprüche von der Stadtverordnetenversammlung als unbegründet zurückgewiesen werden."<sup>21</sup> Es erscheint uns nun als notwendig, nicht nur die Entstehung, sondern auch den wesentlichen Inhalt dieses Planes zusammengefaßt darzustellen. Mit Hilfe eines Interviews, welches wir am 3.12.1984 mit Vermessungsrat Heinrich Schmidt führten, gelang es uns, den Gravertschen Plan in zehn Punkte zu unterteilen.

1. Von den Veränderungen betroffen war vor allem die Innenstadt, wo insbesondere im Bereich Mäusburg, Marktplatz, Walltorstraße und Neuen Bäu - Neustadt die Straßenbreite auf 16,50 m und eine 4-geschossige Bebauung festgelegt wurde.
2. Nebenstraßen (z.B. Sonnenstraße, Neuenweg, Kaplansgasse) sollten auf 12,50 m verbreitert werden. Wegen der geringen Breite wurde 3-geschossige Bebauung vorgeschrieben.
3. Die Breite bei Straßen von untergeordneter Bedeutung und reinen Versorgungsstraßen wurde auf 8 - 10 m festgesetzt, die zulässige Bebauung auf zwei Geschosse begrenzt.
4. Fast alle Gebäude des oberen Seltersweges mit Ausnahme derjenigen an der Einfahrt (heute: Schuhhaus Darré und Karstadt) waren noch erhalten geblieben. Der Seltersweg konnte dort nicht verbreitert werden. Daher war eine Durchbruchstraße parallel zum Seltersweg verlaufend vorgesehen. Diese Straße sollte 16 - 23 m breit sein, die Geschäfte des Seltersweges von der Rückseite beliefern und für einen großen Teil des ruhenden Verkehrs der Innenstadt dienen (s. Abb.1).
5. Um neue Straßen und Plätze anzulegen und existierende zu vergrößern, mußten etwa 24.000 qm, die bisher bebaut waren, aus Privateigentum entnommen werden. Diese Fläche entsprach etwa 100 mittleren Grundstücken am Marktplatz.
6. Etliche Gassen der Innenstadt erschienen zu winklig und eng und sollten deshalb aufgehoben werden. **Dazu gehörten die Gassen mit noch erhaltenen, aber renovierungsbedürftigen alten Häusern, z.T. aus dem 18. Jahrhundert.** Betroffen waren die Dreihäusergasse, Zozelgasse, Hundsgasse, Kaplansgasse und Kornblumengasse. Zahlreiche sog. "Einfahrten"

---

21 MOHG 46, a.a.O., Seite 100



wurden ebenfalls beseitigt, um die übrigen Straßen verbreitern zu können. Von der Aufhebung waren 2.000 qm betroffen, die nicht in den obigen 24.000 qm enthalten sind.<sup>22</sup>



Abb.1. Dieses Foto zeigt die Durchbruchstraße, die parallel zum Seltersweg verläuft. Rechts befindet sich das neue City-Center mit einer Fülle kleiner Geschäfte. Am Ende der Durchbruchstraße befindet sich Karstadt (graues Gebäude).

7. Für den gesamten Bereich der Innenstadt galt die geschlossene Bauweise, d.h. Gebäude an Gebäude. Ausnahme: Der Anlagenring.
8. Mindestgrößen der Grundstücke: 120 qm. Mindestbreite: 8 m.
9. Maßnahmen zur Altstadtsanierung, die vor dem Zweiten Weltkrieg begonnen wurden, sollten weitergeführt werden.
10. Die Innenstadt sollte von jeglichem Durchgangsverkehr entlastet und daher die Straßenzüge im Anlagenring verbreitert werden. Schon in den 30er Jahren waren Süd- und Westanlage verbreitert worden, das sollte jetzt fortgesetzt werden. Auch für diese Verbreiterung wurden große Flächen gebraucht, sie sind ebenfalls nicht in den schon erwähnten 24.000 qm enthalten. Die Breite des zu erweiternden Anlagenringes war nicht festgelegt worden, denn der Wiederaufbau sollte absoluten Vorrang haben.

<sup>22</sup> MOHG 46, a.a.O. Seite 101.



Abb.2. Ein Stück Alt-Gießen, das die Bombennacht überstand: Die Sandgasse in der Nähe der Stadtkirche. (Aus Kühnemann)

Beide Bilder zeigen sogenannte "Einfahrten", die später in einem Sanierungsverfahren samt erhaltener Häuser beseitigt wurden, um größeren Bauvorhaben Platz zu machen.

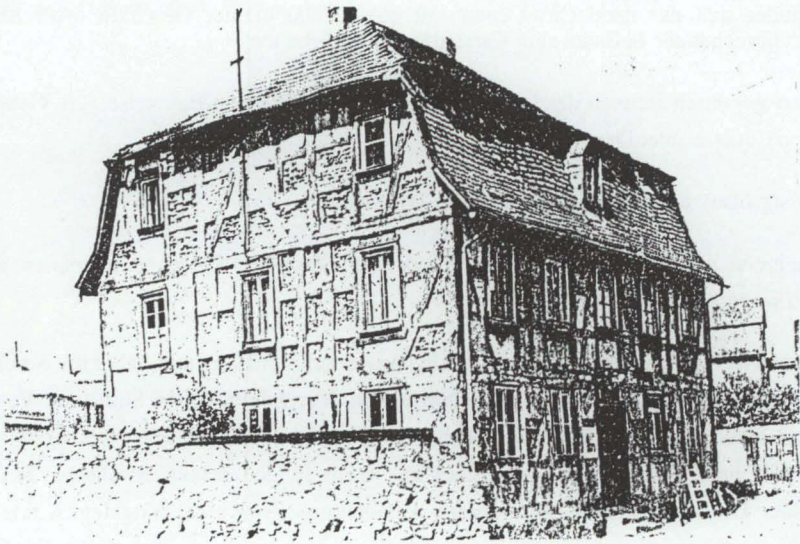


Abb.3. Auch das ehemalige "Städtische Hospital" im Pfarrgarten, das um 1700 erbaut worden war, überstand den Krieg. 1960 fiel es der Spitzhacke zum Opfer. (Aus Kühnemann)





Abb.4. Die Karte zeigt Gießens Innenstadt mit der Straßenführung, wie sie sich heute noch präsentiert. Die markierten Kästchen sind die sogenannten öffentlichen Bauten.



Abb.5. Auch das oben abgebildete Behördenhochhaus und der dahinter liegende Gebäudekomplex, in dem sich auch das Gießener Polizeipräsidium befand, sind öffentliche Bauten.

Gießen lag nun mit der Festlegung des Fluchtlinienplanes nach Schmidts Meinung in der Mitte zweier Extrema, nämlich:

- a) Die alte Struktur Gießens mit allen Straßen und Gassen wird wieder hergestellt;
- b) Ein vollkommen neues Straßennetz wird angelegt, Gießens ehemalige Struktur wird verändert.<sup>23</sup>

Diese Lösung b) mußte ausscheiden, weil eine solche Neustrukturierung der Stadt sich allein wegen der Auseinandersetzung mit den privaten Eigentümern zu lange hingezogen hätte. Außerdem standen ja auch noch Teile von Straßenzügen (z.B. oberer Seltersweg). Möglichkeit a) schied für die damaligen Vorstellungen deshalb aus, weil 1. der Verkehr nur schwer durchzuleiten gewesen wäre, 2. die historisch getreue Restaurierung zu schwierig und zu teuer erschien und der Mut dazu fehlte. 3. Planungsvorgaben von vor dem 2. Weltkrieg bei den nun wieder eingestellten Beamten des Bauamtes und der Planungsbehörden eine Rolle spielten, 4. man etwas neues "Modernes" an die Stelle alter teilzerstörter oder ganz zerstörter Häuser setzen wollte (Innovationseuphorie).

Das weitaus größte Problem für den Wiederaufbau war aber nicht die Erstellung eines neuen Fluchtlinien- und Bebauungsplans sondern dessen Realisierung. Neue Fluchtlinien und ein neuer wirtschaftlicher Wiederaufbau setzten eine Neuregelung der Privateigentumsverhältnisse voraus. Es mußten neue Gesetze verabschiedet werden, die die notwendige Verbreiterung von Straßen und einen rentablen Aufbau rechtlich möglich machten. Diese Problematik, besonders in rechtlicher Hinsicht, hatten die meisten Landesregierungen bald erkannt. So erließen die Länder sog. Aufbaugesetze, wie auch das hessische Aufbaugesetz vom 25.10.1948, welches jetzt auch in Gießen den Wiederaufbau rechtlich möglich machte.

So konnte nun das für den Ausbau der Straßen notwendige Gelände in das Eigentum der Stadt übergehen und die übrigen Grundstücke - nach dem sog. Baulandumlegungsverfahren - geordnet und in "baureife Grundstücke im Sinne des hess. Aufbaugesetzes" umgeformt werden.

Am 5.5.1949 verabschiedete die Stadtverordnetenversammlung den neuen Fluchtlinienplan und die Einführung eines Baulandumlegungsverfahrens für die zerstörten Teile der Innenstadt.

Das Baulandumlegungsverfahren ist ein "gesetzlich geregeltes Grundstücksaustauschverfahren". Dabei können unter bestimmten gesetzlichen Voraussetzungen alle Grundstücke eines Gebietes zwangsweise eingezogen werden und würden so zu einer zusammenhängenden Fläche vereinigt. Von dieser Fläche werden die neuen Straßen und öffentlichen Flächen ausgeschnitten und der

---

23 MOHG 46, a.a.O. S.102.



Gemeinde übereignet. Der Rest wird in ein gleiches Verhältnis zu den alten Grundstücken, natürlich verkleinerte bebauungsfähige Grundstücke, umgelegt und an die seitherigen Besitzer verteilt.

Das hess. Aufbaugesetz fordert im einzelnen für die Baulandumlegung, daß die "neu zu bildenden Grundstücke ... nach Größe und Zuschnitt bebauungsfähig, d.h. wirtschaftlich zugeschnitten sein müssen ...

Nicht bebauungsfähige Grundstücke dürfen nicht gebildet werden."<sup>24</sup> Auch sollten zersplitterte Grundstücke eines Eigentümers nach Möglichkeit zusammengefügt werden.

Für die Stadt Gießen selbst beschloß die Stadtverordnetenversammlung die kostenlose Landabgabe in der Innenstadt allgemein auf 9,4 % festzulegen.<sup>25</sup> Wurde dieser Satz in Einzelfällen überschritten, so wurde den Eigentümern die Differenzfläche entsprechend vergütet. Für den Fall, daß der Satz nicht erreicht wurde, hatte der Eigentümer Ausgleichszahlungen an die Stadt zu leisten.

Grundstücke, die kleiner waren als 120 qm, wurden als nicht bebauungsfähig erachtet. Diese Grundstücke wurden den Eigentümern mit Geld abgefunden. Wollte ein Eigentümer dennoch bauen, mußte er zusätzliches Gelände erwerben. In diesem Zusammenhang war es wichtig zu entscheiden, wer von den Besitzern der Kleingrundstücke auszuschneiden hatte, und in welcher Form und Höhe die Entschädigung sein sollte. Man mußte herausfinden, wer von den Kleingrundstücks-Besitzern vermutlich nicht mehr aufbauen konnte, sei es wegen des hohen Alters der Besitzer oder weil die Nachkommen ein Geschäft nicht weiterführen wollten oder gar weil die Besitzer zu hoch verschuldet waren. Hatte man solche Leute ausfindig gemacht, versuchte man sie zu überzeugen, ihr Grundstück an die Stadt oder bauwillige Nachbarn weiterzuverkaufen. Oder man bot ihnen an, ihr Grundstück gegen ein am Stadtrand gelegenes zu tauschen.

Dies alles geschah, um die Zahl der kleinen, schlecht bebaubaren Grundstücke zu reduzieren. So gelang es auch wirklich, die Hälfte aller Grundstücke der Innenstadt für die Stadt zu erwerben.

Des weiteren wurde in der Stadtverordnetenversammlung am 5.5.1949 beschlossen, daß das Umlegungsverfahren in Teilabschnitte aktiviert werden könnte. So mußte man nicht warten, bis sich im gesamten Abschnitt der Innenstadt sämtliche 600 Besitzer entschieden hatten, ob und wie sie wieder aufbauen wollten und vor allen Dingen, wie die finanziellen Angelegenheiten geregelt waren. Es war einfacher, in kleinen Einheiten von 20 - 40 Eigentümern die Umlegung durchzuführen. So konnte, falls die finanziellen Mittel vorhanden waren, schneller mit dem Bauen angefangen werden.

---

24 MOHG 46, a.a.O., S. 104.

25 MOHG 46, a.a.O., S. 106.

Nun konnte man beginnen, die Altstadt in gut bebaubare und große Grundstücke zu gliedern, wobei die vorgeschriebene Mindestgröße von 120 qm sogar zur Ausnahme geworden ist.

Ob die nachschauende kritische Betrachtung tatsächlich ergibt, "daß das Ergebnis der Baulandumlegung der Innenstadt nicht ein Diktat sondern immer nur ein Kompromiß zwischen den Forderungen der Eigentümer nach Erhaltung und Verbesserung ihres Besitzes und den Forderungen der Allgemeinheit nach einer durchgreifenden Altstadtsanierung"<sup>26</sup> war, versuchten wir in einem Interview mit Betroffenen herauszubekommen. So erklärte uns z.B. der Inhaber des Modegeschäftes Bette, heute Mäusburg, früher Marktplatz, in aller Deutlichkeit, daß von einem Kompromiß überhaupt nicht die Rede hätte sein können. Bette kam 1948 aus der Kriegsgefangenschaft heim und erlebte die Diskussion um den Stadtentwicklungsplan noch in aller Ausführlichkeit. Die Geschäftsleute seien nicht einmal gefragt, geschweige denn von der Stadt Gießen zu einer Diskussion eingeladen worden. "Es wurde von oben herunter befohlen. Wir mußten, weil der Marktplatz verbreitert, das Denkmal beseitigt und die Geschäftsfront zurückverlegt wurde, in Verhandlungen mit Nachbarn versuchen, selbst mit den Problemen fertig zu werden. Herr Vermessungsrat Schmidt war einer der eifrigsten und entschiedensten Verfechter der städtischen Bauplanung und versuchte gegenüber Grundstückseigentümern die Ziele der Stadt durchzudrücken. Einige Geschäftsleute hätten ihm damals am liebsten die Pest an den Hals gewünscht."<sup>27</sup>

Für Bette z.B. war die Baulandumlegung deshalb problematischer als z.B. bei dem bekannten Gießener Café Rühl am Marktplatz, weil er eine breitere Front zum Marktplatz hin hatte und deshalb mehr Land abgeben mußte, was er in Verhandlungen mit den Nachbarn zu kompensieren versuchte.

Bis zu welchem Grade ist die Planung von 1949 verwirklicht worden?

- "1. Die im Jahre 1949 beschlossene Führung und Breite der Straßen ist durchweg eingehalten worden; ...
2. Der Geländeerwerb ist für alle Straßen abgeschlossen, ausgenommen sind die Entlastungsstraßen zum oberen Seltersweg und einige kleinere Stücke in Nebenstraßen. In der geplanten Entlastungsstraße sind inzwischen wichtige Teilstücke schon städtisches Eigentum geworden.
3. Der Straßenbau hat diesen Stand nicht ganz erreicht. Dies ist verständlich, denn eine Straße kann erst dann ausgebaut werden, wenn das gesamte hierfür benötigte Gelände erworben ist. Außerdem ist es zweckmäßig, mit dem Ausbau so lange zu warten, bis die

26 MOHG 46, a.a.O., S. 109.

27 Interview vom 26.01.1985, telefonisch.



meisten Gebäude errichtet sind, damit die Straßen nicht dauernd aufgerissen werden müssen.

Die wichtigsten Straßen wie Walltorstraße, Seltersweg, Neustadt, Sonnenstraße, u.a. und Plätze wie Marktplatz und Kreuzplatz sind in ihren Fahrbahnen vollständig ausgebaut. Soweit stellenweise noch alte, erhalten gebliebene Gebäude oder Ruinen in die Bürgersteige hineinragen, beeinträchtigen sie den Fahrzeugverkehr überhaupt nicht, den Fußgängerverkehr nur unerheblich. Mit der Verbesserung dieser Stellen ist ebenfalls in absehbarer Zeit zu rechnen.

4. Wenn die Planung von 1949 bezüglich der Straßenführung weitgehend verwirklicht wurde, so ist in der baulichen Gestaltung stärker von der Planung abgewichen worden."<sup>28</sup>

Der Wiederaufbau ab 1949 war in städtebaulicher Hinsicht unbefriedigend. Manche Bauherren errichteten Gebäude, die nicht die vorgeschriebene Höhe erreichten. Bis 1960 waren keine weiteren Aufstockungen erfolgt. Das Straßenbild wirkte oft unregelmäßig, da einige Bauherren sofort bis zur vorgeschriebenen Höhe bauten und damit hohe und niedrige Häuser nebeneinander standen. Zur Entschuldigung für das störend wirkende Aussehen mancher Straßen wäre zu sagen, daß oft die finanziellen Mittel fehlten, um die entsprechenden Gebäude fertigzustellen.

Ab 1952/53 wurde in Gießen eine sogenannte Wiederaufbau AG für die Innenstadt eingesetzt, damit das provisorische Bauen vermieden werden konnte. Diese Gesellschaft regelte alle finanziellen Schwierigkeiten und betreute fast den gesamten Wiederaufbau in der Innenstadt.

Die Wiederaufbau AG konnte allerdings nicht verhindern, daß manche Straßen Schluchten ähnelten, da die Häuser zu hoch gebaut wurden. Das Verhältnis Straßenbreite zu Gebäudehöhe stand in keiner Relation zueinander. Begründet wurde dies so: Die ständig steigenden Baupreise mußten abgefangen werden, damit eine Rendite erwirtschaftet werden konnte, um die im sozialen Wohnungsbau vorgeschriebenen Höchstmieten nicht zu überschreiten. So wurden manche Gebäude höher gebaut, als 1949 vorgesehen war.<sup>29</sup>

Man erhoffte sich nun auch, daß durch die Verabschiedung des Fluchtlinienplanes theoretisch eine Verminderung der Wohndichte erreicht werden konnte. Die Praxis nach 1953 sah anders aus, da die bebauten Grundstücke über das zulässige Maß ausgenutzt wurden. Damit war die Zahl der Wohnungen über den errechneten Umfang angestiegen. Man muß dazu aber sagen, daß eine Wohnung in den alten Häusern der Innenstadt mit einer Neubauwohnung in diesem Stadtteil nicht verglichen werden kann. Die Zahl der Mietparteien ist heute größer als vor dem Krieg, da heute der Wohnraum besser genutzt wird und hier mehr Menschen leben können.<sup>30</sup>

<sup>28</sup> MOHG 46, a.a.O., Seite 112/113.

<sup>29</sup> MOHG 46, a.a.O., S. 114.

<sup>30</sup> Ebd.

Die sich ändernde Baugestaltung soll auch erwähnt werden. Man kann das Alter eines Hauses gut an seiner baulichen Gestaltung erkennen. Charakteristisch dafür ist das Flachdach, welches an die Stelle des geneigten Daches tritt. Aber auch die Fassade änderte sich. Man sieht von großen Mauerflächen ab und versucht die Wand durch Gebrauch von Glasflächen und dünnen Pfeilern aufzulösen (Bsp.: Neue Bezirksparkasse Gießen).

Zur baulichen kamen auch erhebliche soziologische Veränderungen der Innenstadt. Sie sollen an dieser Stelle an besonders markanten Punkten kurz dargestellt werden:

"1. Der Abschnitt der Nord-Süd-Achse vom Marktplatz bis zum Selterstor ist eindeutig zur besten Geschäftslage der Innenstadt geworden."<sup>31</sup>

Zu den alteingesessenen Geschäften, die die Chance, die sich ihnen nach 1948 bot, genutzt und sich erheblich erweitert hatten, kamen noch große Kaufhäuser und Filialbetriebe hinzu. Große Bedenken sind jedoch gegenüber folgender Behauptung von Heinrich Schmidt angebracht: "Die geschäftliche Bedeutung des Teilstückes Marktplatz-Selterstor ist zudem durch jene Gießener Geschäftsleute verstärkt worden, die ihren Besitz in der Walltorstraße oder in Nebenstraßen veräußerten und sich aus wirtschaftlichen Überlegungen im Hauptgeschäftszug oder in dessen unmittelbarer Nähe niedergelassen haben."<sup>32</sup>

Wir versuchten mit Hilfe älterer Literatur und Bildbänden über Gießen diese Behauptung zu verifizieren, konnten jedoch kein Beispiel einer solchen "freiwilligen Umsetzung" auffinden. Auch eine nachträgliche Befragung von Heinrich Schmidt<sup>33</sup> konnte keinen Aufschluß geben. Die meisten Gießener Geschäftsleute, die schon vor 1945 ihr Geschäft in der Mäusburg, am Kreuzplatz oder im Seltersweg gehabt hatten, verblieben auch dort. Dies betrifft insbesondere die Geschäfte Bette, Schwan, Horn, Imhäuser, Geisse, Winterhoff, Bach, Reinig, usw.

"2. Eine weitere bemerkenswerte Wandlung in der Innenstadt ist durch die allmähliche Änderung der allgemeinen Wirtschaftsstruktur der letzten 15 Jahre verursacht worden. Die heutige Wirtschaftsstruktur ist - kurz gesagt - gekennzeichnet durch das besonders starke Wachsen der sogenannten tertiären Arbeitnehmergruppen."<sup>34</sup>

"3. Die Behörden, die sich aus Platzmangel oder aus anderen Gründen bis 1948 nicht in der Innenstadt ansiedeln konnten, gründeten ihre Niederlassungen in deren unmittelbaren Nähe, wie z.B. am Berliner Platz oder eben am Anlagenring. Auch hierzu einige Beispiele: "Die Verwaltungsgebäude der Stadtverwaltung am Berliner Platz, das Landratsamt, das

---

31 MOHG 46, a.a.O., Seite 115.

32 MOHG 46, a.a.O., Seite 115.

33 Telefoninterview vom 26.01.1985.

34 MOHG 46, a.a.O., Seite 115.



Arbeits- und Sozialgericht, die Mittelhessischen Wasserwerke, die Dresdner Bank AG und zahlreiche staatlichen Ämter, die auf Miete in einem Bürogebäude des Anlagenringes untergebracht sind wie das Straßenneubauamt, das Hessische Kulturamt u.a. Hinzu kommt das z.Zt. im Bau befindliche Bürgerhaus am Berliner Platz. Damit beginnt die Innenstadt mit ihren Funktionen als Zentrum über den Anlagenring hinauszugreifen."<sup>35</sup>

Es mußte daher besonders für den Bereich Seltersweg - Kreuzplatz, Mäusburg und Marktplatz eine verkehrsgerechte Lösung gefunden werden, denn mit zunehmendem Autoverkehr in den 60er Jahren war in diesen engen Straßen die Katastrophe vorprogrammiert.

Wir konnten von älteren Gießener Bürgern erfahren, daß sie noch wußten, wie z.B. im Seltersweg Autoverkehr, Straßenbahn und Fußgängerwege bestanden und wie die Luft in einem unerträglichen Maße verpestet war. Es ist uns heute noch unerklärlich, wie die Geschäftsleute in diesem Bereich sich so lange mit aller Macht gegen die Einführung einer Fußgängerzone wehrten und eine Minderung ihrer Einnahmen, ja sogar einen Ruin ihres Geschäftes befürchteten. Ex-OB Albert Osswald veranschaulichte uns im Interview, mit welcher Raffinesse er den Widerstand der Geschäftsleute überwinden mußte: "Auf der ersten Protestversammlung erschienen etwa 80 Geschäftsleute, die über rote Zahlen klagten, weil der Verkehr aus der Innenstadt verlegt werden sollte. Ich bat sie um ihre Geschäftsunterlagen, ich wollte das einmal überprüfen. Schließlich verstand ich ja als ausgebildeter Volkswirt etwas von diesen Dingen. Hier schreckten schon etliche zurück. Auf der nächsten Versammlung ein Jahr später kamen nur noch 40, zwei Jahre später existierte nur noch ein harter Kern von 5 Geschäftsleuten. Die überwiegende Zahl hatte also eingesehen, daß eine verkehrstechnische Lösung durch Einführung einer Fußgängerzone, Parkuhren, usw. keineswegs zu einer Verminderung ihres Umsatzes und erst recht nicht zu einem geschäftlichen Ruin führte."<sup>36</sup>

4. Die bedeutendste, wenn auch nach außen nicht sichtbare Wandlung gab es bei der Veränderung der Eigentumsverhältnisse, d.h. der Durchführung der Baulandumlegung. Sie hatte zur Folge, daß fast die Hälfte der Eigentümer wegen der Kleinheit ihrer Grundstücke für Neubauten diese Grundstücke aufgeben mußten.

"Die vor der Umlegung vorhandenen Klein- und Mittelparzellen sind mitunter von den Nachbarn, zum überwiegenden Teil aber von der Stadt erworben worden. Soweit die Stadt sie nicht zur Arrondierung der verbliebenen Privatgrundstücke oder als Ersatz für das mitunter über 9,4 % hinaus abgegebene Straßengelände verwandte, wurden sie von der Umlegungsbehörde zusammengelegt und "große" Baugrundstücke gebildet. Dieses "groß"

35 MOHG 46, a.a.O., Seite 116.

36 Interview vom 21.01.1985.

ist relativ und nur im Verhältnis zu den seitherigen Besitzungen und Bauparzellen der Innenstadt zu verstehen. Die neu gebildeten städtischen Baugrundstücke sind in der Regel an die städtischen Wiederaufbau AG veräußert worden, die sie alsbald bebaute".<sup>37</sup>

Dadurch, daß die Stadt alleiniger Aktionär der Wiederaufbau AG war, verblieben die Grundstücke im Eigentum der Stadt.

5. Für viele, die nach der Baulandumlegung auf ihrem Besitz verblieben waren, war es nun aus welchen Gründen auch immer nicht möglich, neu zu bauen oder den errichteten Neubau zu erhalten. Sie mußten verkaufen. In den ersten Jahren nach 1949 traten dabei als Käufer meist private Personen, in den späteren Jahren jedoch meist juristische Personen auf, vor allem aber auch die Wiederaufbau AG.

Die Verkäufe im Bereich Seltersweg und am Kreuzplatz hielten sich in Grenzen, da man dort durch die günstige Geschäftslage die finanziellen Lasten leichter ertragen konnte. Außerdem wurde dort frühzeitig mit dem Neubau begonnen, so daß die Baukosten noch niedriger lagen als zu Beginn der fünfziger Jahre. Durch die frühe Fertigstellung erlebten die Bauherren den lang anhaltenden konjunkturellen Aufschwung am ehesten mit. Auch dies soll anhand von zwei Beispielen dargestellt werden:

- a) Dort, wo der Asterweg von der Walltorstraße abzweigt, befanden sich mehrere kleine und mittlere Grundstücke, die Handwerkern oder Kaufleuten gehörten. Die Walltorstraße war noch im 19. Jh. die Hauptstraße der Gießener Innenstadt. Nachdem jedoch der Bahnhof verlegt worden war, verlor die Walltorstraße immer mehr an Bedeutung. Dies zeigte sich insbesondere nach der Zerstörung der Stadt, als noch lange Zeit in der Walltorstraße vom Wiederaufbau nichts oder wenig zu sehen war. Der Stadt fiel es deshalb nicht schwer, die Grundstücke bis auf zwei aufzukaufen. Im Rahmen der Baulandumlegung wurden die Grundstücke wieder weiterverkauft. Bald danach begannen der Deutsche Gewerkschaftsbund, die ihm nahestehende Gewobag, sowie die Wiederaufbau AG mit dem Wiederaufbau. So gewann die Walltorstraße einen Teil ihrer früheren Bedeutung zurück, hat sie aber bis heute als Geschäftsstraße im Vergleich zum Seltersweg immer noch nicht. Das bewiesen uns z.B. die Betrachtung der Kunden- und Verkehrsströme, die selbst an Markttagen, an denen der nahegelegene Brand- und Lindenplatz von Käufern sehr stark frequentiert wird, an den Geschäften der Walltorstraße vorbeigehen.

Dies könnte z.T. daran liegen, daß der Wiederaufbau in nicht gerade attraktiver Form stattgefunden hat. Die Gegend um den Marktplatz und Seltersweg wirkt auf viele mehr aufgelockert und anziehender als die Walltorstraße.

---

37 MOHG 46, a.a.O., Seite 117.



- b) Ein weiteres Beispiel für die Veränderung der Seiten- und Nebenstraßen ist das Gebiet, welches von den Straßen Neustadt, Pfarrgarten, Sandgasse und Löbers Hof eingegrenzt wird. In diesem Viertel waren stark verschachtelte Kleingrundstücke noch sehr ausgeprägt. Die meist recht baufälligen Wohnhäuser, Scheunen und Stallungen sollten bereits bei einer Altstadtsanierung in den 30er Jahren verschwinden. Von dort besaß die Stadt bereits einige Grundstücke. Nach 1948 gelang es, noch weitere Grundstücke teils durch Tausch, teils durch Kauf zu erwerben. Die Stadt plante, dort eine gewerbliche Berufsschule zu errichten. 1958 jedoch entschloß man sich, diese Schule nicht in der Enge der Innenstadt, sondern an den Stadtrand, genauer gesagt an der Abzweigung des Wiesecker Weges von der Marburger Straße zu errichten. Eine Sanierung, wie sie dann Anfang der 60er Jahre mit diesen älteren Gebäuden durchgeführt wurde (totaler Abriß, keine Restaurierung), wäre heute nicht mehr denkbar. Die Bürger würden heute einen solchen Kahlschlag nicht mehr hinnehmen.

## Quellennachweis

Zum Anlesen von allgemeinen, aber auch von speziellen Informationen, benutzten wir folgende Lektüre:

Zeitschriften:

- Architektur und Wohnform; Stuttgart, Jahrgänge: 56 (1946/48), 58 (1949/50), 59 (1950/51), 60 (1951/52), 61 (1952/53), 62 (1953/54)
- Baurundschau; Rolf Spörhase, Hamburg, Jahrgänge: 38 (1948), 39 (1949), 40 (1950), 41 (1951), 42 (1952), 43 (1953)
- Baukunst und Werkform; Nürnberg, Jahrgänge: 3 (1950), 5 (1952), 6 (1953), 7 (1954)
- Bauliteratur; Deutscher Verband für Wohnungswesen, Städtebau und Raumplanung, Ffm. Jahrgänge: 1950 und 1951
- Bauwelt; Berlin, Jahrgänge: 44 (1953) 45 (1954)
- Gießener Freie Presse ab 1.1.1946
- Gießener Anzeiger ab 1949
- Tätigkeitsbericht der Stadtverwaltung Gießen; 1948/50, 1950/51, 1951/52, 1952/53
- Gießen ist neu erstanden; Aus dem Tätigkeitsbericht der Stadtverwaltung Gießen; Gießen 1961
- Protokoll der Gießener Gemeindevertretung (später Stadtverordnetenversammlung, aus den Jahren 1946 - 1950)
- Podiumsgespräch der Gießener Volkshochschule vom 28.10.1981 zum Thema "Geschichte und Geschichtsbewußtsein in Gießen"

Ernst Blumschein: Gießen, die lebensvolle Stadt an der Lahn,  
Gießen 1956

Karl Glöckner: Gießen 1248 - 1948, Siebenhundert Jahre Gießen in Wort und Bild, Gießen 1948

Erwin Knauß: Gießen in Vergangenheit und Gegenwart, 2. Auflage, Gießen 1981



Ekkehard Komp: Gruß aus'm Lotz, Das alte Gießen, Gießen 1979

Kurt Kühnemann: Neues Leben aus Ruinen, Gießen in und nach der Stunde Null, Menschen und Mächte des Wiederaufbaus, Dokumentation Gießen 1983

Magistrat der Stadt Gießen in Zusammenarbeit mit Wolfgang Armin Nagel, Gießen, Dokument des Lebenswillens einer deutschen Stadt, Hanau 1952

Pressestelle der Stadt Gießen in Zusammenarbeit mit Karl Brodhäcker; Gießen, 15 Jahre nach der Stunde Null, ein Rechenschaftsbericht der Universitätsstadt Gießen, Gießen 1960

Heinrich Schmidt, Gießens Entwicklung von der mittelalterlichen Innenstadt zum modernen Geschäftszentrum, in: Mitt. d. Oberh. Geschichtsvereins, (MOHG) 46, 1962

### Fotonachweis

Dem fast unerschöpflichen Archiv von Herrn RUDOLF METZGER, Gießen, **Pestalozzistraße**, verdanken wir auf direktem oder indirektem Weg alle älteren Bilder.

Eine große Hilfe war uns die Ausstellung zum Thema "Gießen in und nach der Stunde Null" in der Bezirkssparkasse Gießen von Stadtdenkmalpfleger Bachmann.(1984)

Die Pläne wurden uns freundlicherweise von Obervermessungsrat a.D. Heinrich Schmidt zur Verfügung gestellt.

### Interviewliste

- 1) Bette, (Inhaber des Modehauses Bette) - Gießen 16.01.85 telefonisch
- 2) Jürgen Michael Eberlein - Gießen 05.12.84 und 23.01.85
- 3) J. A. Wolf, Stadtbaurat
- 4) Klaus Gravert, Sohn des früheren Stadtbaudirektors - Gießen 18.01.85 (telefonisch)
- 5) Albert Osswald - Gießen 21.01.85
- 6) Heinrich Schmidt - Gießen 03.12.84 und 26.01.85 (telefonisch)

Für das Korrekturlesen sei Herrn Heinrich Knapp besonders gedankt.

## Fotodokumentation\*

## A. Beispiele für gelungenen Wiederaufbau

# Carl Ludwig Leib

Kirchstraße 2

Kunsthandlung

Vergoldererei

Umfangreiches Lager in Kunstblättern



Telephon 166

Bilder-  
Einrahmungs-  
Geschäft

Abb.1: Nach Ansicht verschiedener Forscher gehört das Haus Leib, das zeitweise auch Saalfeldsches Haus genannt wurde, zu den interessantesten Bauwerken des späten Mittelalters. Balkenkonstruktion und Holzbearbeitung geben Einblick in die Kunstfertigkeit des Fachwerkbaus, wie er vor gut 600 Jahren praktiziert wurde.

\* Alle alten Photos stammen aus dem Archiv von Rudolf Metzger





Abb.2: Die "Burgmannen" waren die Vertreter, die Statthalter des Landgrafen in der Stadt. So bekamen die Herren von Schwalbach, von Rodenhausen, von Schenk und andere nach der Errichtung des "Alten Schlosses" Anfang des 14. Jahrhunderts die Erlaubnis, ihre Häuser in das Gebiet der alten Wasserburg zu bauen. Das Haus Leib, erbaut 1349, und das Haus Wallenfels sind solche Burgmannenhäuser. Allerdings erhielt das Haus Wallenfels seine charakteristischen Formen erst in barocker Zeit. Das Leib'sche Haus wurde in der Bombennacht von 1944 getroffen und schwer beschädigt.



Abb.2a: Teilweise aus den alten Balken rekonstruiert, beherbergt das Leib'sche Haus seit 1977 einen Teil des Oberhessischen Museums. Wie auf dem neuen Foto zu sehen ist, wurde das Haus möglichst historisch getreu nachgebaut. Eine Restaurierung des Inneren nach historischem Vorbild scheiterte an den Kosten und an dem fehlenden Wissen von der Beschaffenheit der Innenräume.

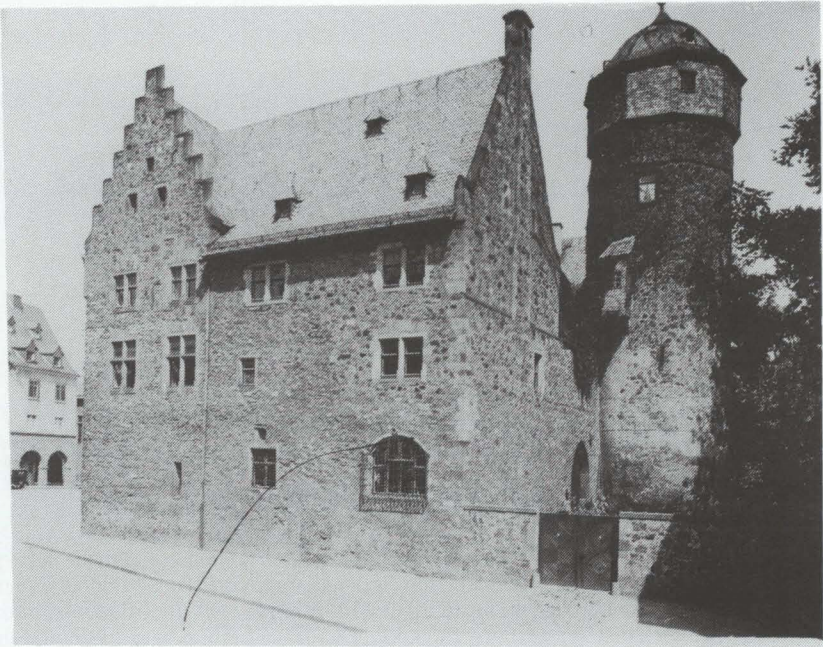
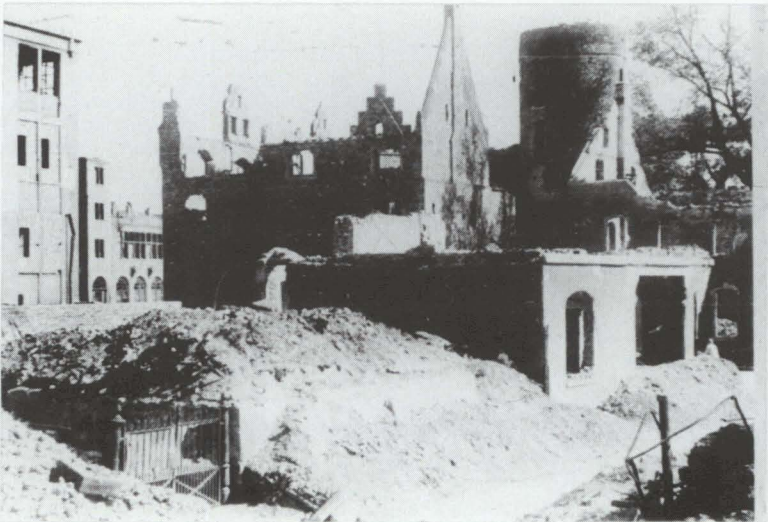


Abb.3, 3a: Das Alte Schloß, erbaut vermutlich um 1330 und für längere oder kürzere Zeit Sitz der hessischen Landgrafen, wurde 1903 der Stadt Gießen übergeben, die es gründlich renovierte und hier das Oberhessische Museum unterbrachte. Auch das Schloß brannte total aus, jahrzehntelang schaute die Ruine auf Kanzleiberg (links im unteren Bild) und Wochenmarkt.





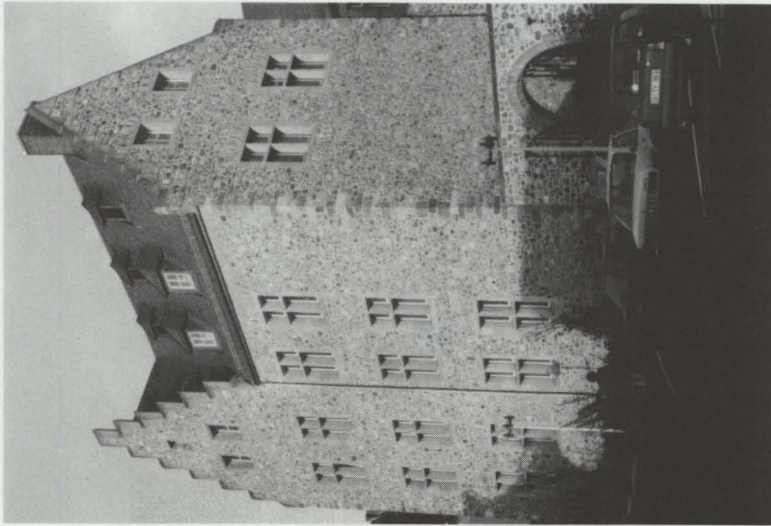


Abb. 4. 4a: Nachdem sich die Stadtverordnetenversammlung nach langem Ringen für den Wiederaufbau entschieden hatte (Ex-OB Albert Osswald hatte noch die Absicht gehabt, die Trümmer des Gebäudes abreißen und beseitigen zu lassen), konnte hier 1980 die Gemäldesammlung und die Abteilung für Kunsthandwerk des Oberhessischen Museums eröffnet werden.



Abb.5: Am radikalsten zerstört war das Gebiet zwischen Kaplangasse und Kirchplatz. Hier hatten Bomben "tabula rasa" gemacht.



Abb.5a: So, präsentiert sich der Kirchplatz heute. Der Stadtkirchenturm war noch gut erhalten. Er wurde 1980/81 restauriert.





Abb.6, 6a: "1583: Das Zeughaus wurde zu bauen angefangen; zu diesem Bau wurde ein Kanal aus der Lahn durch die Schwarzlach bis in den Wallgraben geführt, um die Steine vom Steinbruch am Felsen zu Wasser an die Baustelle zu bringen", heißt es in einer Gießener Chronik. Die längste Zeit in seinem 300-jährigen Bestehen diente das Zeughaus als Kaserne, wenn es auch zwischendurch als Schuttboden, Getreidespeicher, Abstellmagazin, Theaterboden u.a. zweckentfremdet wurde. Die ausgebrannte Ruine (unteres Bild) sollte ursprünglich abgebrochen werden.





Abb.7: Dem Einsatz des damaligen Hochschulkanzlers Wilhelm Köhler ist es zu verdanken, daß das schönste Gießener Gebäude wieder aufgebaut und der Universität übergeben wurde.



Abb.8: Die Stadtkirche vor der Zerstörung





Abb.9, 9a: Es handelt sich hier um das Gebäude des Gerichts in der Gutfleischstraße Ecke Ostanlage. Die Gebäude wurden in ähnlicher Weise wiederaufgebaut, also auch die sogenannte "Beamtenlaufbahn" zwischen Amts- und Landgericht, bekannt auch als "Seufzerbrücke" von den Angeklagten. Die Wiederherstellung kann als gelungen betrachtet werden.



## B. Beispiele für fragwürdigen oder versäumten Wiederaufbau



Gießen-Rathaus

Abb.10: Das Gießener Rathaus war in den Ursprüngen spätmittelalterlich. Die zweibogige Eingangshalle wurde vermutlich im 16. Jahrhundert erbaut. Ab 1605 war im 1. Obergeschoß das "Gymnasium illustre", aus dem zwei Jahre später die Gießener Universität hervorging. Rats- und Gerichtssitzungen fanden hier statt, Empfänge für den Landesherrn, in Kriegszeiten die harten Verhandlungen mit den Besatzungsmächten - das Gießener Rathaus war Jahrhunderte lang Dreh- und Angelpunkt der wechselvollen Geschichte der Stadt.

17 Menschen fanden im Gewölbekeller des Rathauses - wahrscheinlich durch eindringendes Kohlenmonoxyd - den Tod. Ihre Leichen wurden vier Tage später gefunden. Die beiden steinernen Torbögen und die seitlichen Brandmauern des Rathauses überstanden den Feuersturm.



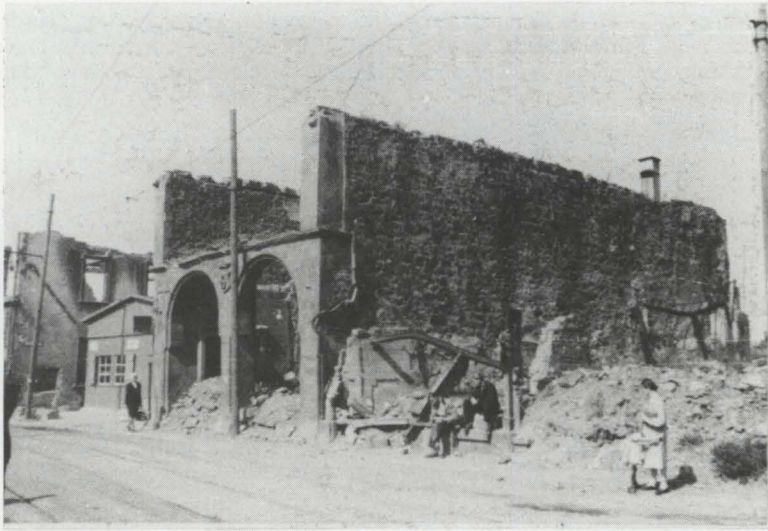
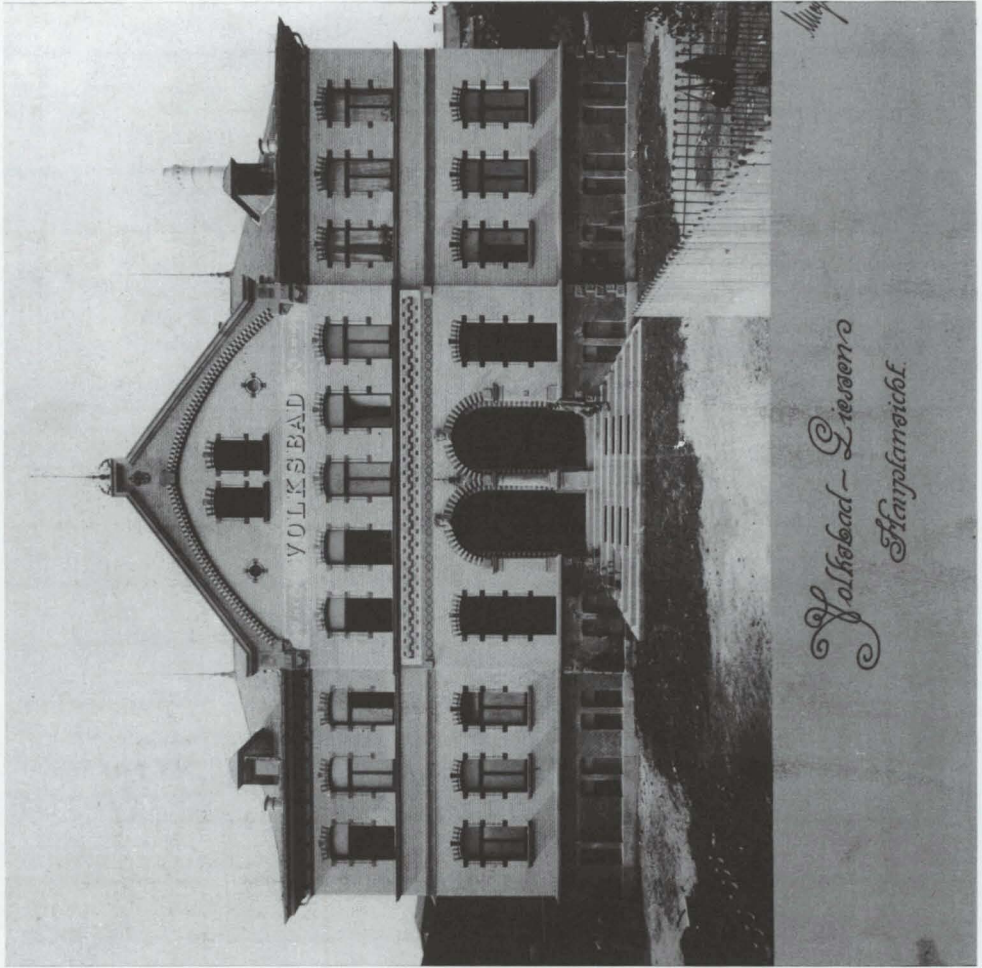


Abb.11, 11a: Das Rathaus hätte historisch getreu wiederaufgebaut werden können; dann hätte man aber die Vorderfront weiter zurückverlegen, d.h. nach hinten bauen müssen. Das aber war wegen der Grundstücksrechte zu schwierig. Außerdem fehlten das Geld und die Mittel für einen historisch gerechten Aufbau. Die einfachste Lösung war daher die Trümmerbeseitigung und moderner Neubau. Das folgende Bild zeigt die Stelle, an der das Rathaus einmal stand.



Abb.12: Ein Hallenbad (aus der Jugendstilzeit), das unzerstört geblieben war, wurde für den Neubau von Karstadt in den 60er Jahren abgerissen - die Stadt brauchte die Gewerbesteuern, um unter anderem auch weitere "Sanierungsmaßnahmen" durchführen zu können.



*Volksbad - Gießen  
Hauptansicht*

Am 17. September 1898 öffnete das Gießener Volksbad im Seltersweg 58a seine Pforten. Es war aus freiwilligen Zeichnungen der Bürgerschaft mit einem Kostenaufwand von rund 200.000 Mark finanziert worden und - wie es um die Jahrhundertwende hieß - "mustergültig eingerichtet". Es lag ungefähr im Bereich zwischen dem heutigen Parkhaus Westanlage und dem Kaufhaus Karstadt. Schwimmbassin, Wannen- und Heilbäder gehörten zur Einrichtung des Hallenbades.

Das Bad hatte im Sommer von 6 bis 9 Uhr abends, im Winter von 8 bis 8 Uhr abends geöffnet. Während der Mittagspausen von 1 bis 3 Uhr blieb die Anstalt geschlossen. Für das Baden waren 40 Pfennig um die Jahrhundertwende zu bezahlen, die Besichtigung kostete á Person 0,30 M.





Abb.13,13a: Wie die meisten Straßen der Innenstadt war auch die Walltorstraße durchweg mit Fachwerkhäusern bebaut, von denen nur zwei die Bombardierung überstanden (oberes Bild, rechts; unteres Bild, Frontaufnahme). Die Walltorstraße war, wie auf dem oberen Foto zu sehen ist, derart zerstört, daß an eine Rekonstruktion der Fachwerkhäuser 1948 nicht zu denken war.





Abb.14: Heute wirkt die Walltorstraße wie eine Schlucht auf den Betrachter. Die Häuserhöhe steht in keiner Relation mehr zur Straßenbreite, daher wirkt diese Straße auch besonders kalt und unansehnlich.



Abb. 15 Die Universitäts-Reitbahn am Brandplatz. Die gedeckte Halle (links) wurde zerstört, das Wohnhaus blieb erhalten, fiel aber den Sanierungsmaßnahmen in den 60er Jahren zum Opfer.





Abb.16, 16a: Erst in den 1880er Jahren wurde die Bahnhofstraße als direkte Verbindung zum Marktplatz angelegt. Sie entwickelte sich schnell zu einer lebhaften Geschäftsstraße.

Gießen — Bahnhofstraße



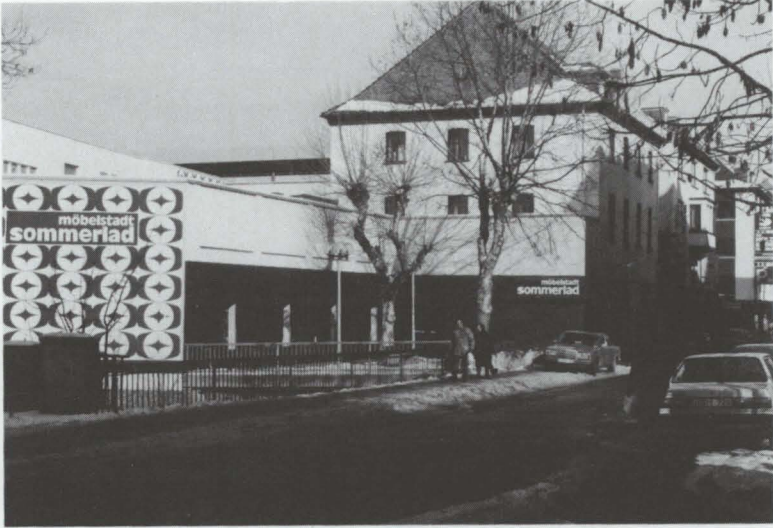


Abb.17, 17a: Ein Beispiel für die Zerstörung von Wohnraum noch in den 70er Jahren bietet der mittlere Teil der Bahnhofstraße. Dort, wo auf dem alten Bild (erstes Bild von der Bahnhofstraße, zwei Seiten vorher) noch das Café Amend steht, befindet sich heute Sommerlad (oberes Bild). Für dieses Möbelfachgeschäft wurden mehrere Häuser in der Bahnhofstraße und im Flutgraben geopfert. Die Wohnraumzerstörung führte Mitte - Ende der 70er Jahre zu heftigen Diskussionen mit dem Magistrat. Hier liegt eindeutig ein Beispiel für wirtschaftliche Konzentration und für unästhetische Veränderungen des Stadtbildes nach dem Kriege vor.







Abb.18, 18a, 18b: Der Zerstörungsgrad des Eingangs zum Seltersweg ist, wie man auf den Bildern sehen kann, derart groß, daß ein Wiederaufbau in historisch getreuer Art schwer vorstellbar erscheint.

Da aber der ganze mittlere Teil des Seltersweges noch erhalten war, hätte man sich eine historisierende Angleichung der beiden Häuser am Eingang denken können.

Dieser Bereich am Selterstor gehörte zu den heftig diskutierten in Gießen. Im Interview mit Albert Osswald (21.01.1985) kam heraus, wie sehr den damaligen OB diese Diskussionen auch heute noch berühren. Die Lösung, hier einen Übergang zu schaffen in der Form, wie er auf dem Bild zu sehen ist, verdankt die Stadt dem damaligen Stadtbaudirektor Dr. Eickmeier.



Abb.19:

Wie viele Gießener distanzierte sich auch Albert Osswald von den Plänen einer Überführung. Er hätte lieber eine Unterführung gehabt. Die sogenannten Experten warnten damals eindringlich vor einer solchen Unterführung: Man bekomme dann einen riesigen Grundwassersee, dessen Entfernung Millionen kosten würde. Wie aber das Beispiel des Kaufhauses Karstadt zeigt, etwa 50 m vom Selterstor entfernt wurde man mit solchen Grundwasserproblemen ziemlich schnell beim Legen des Fundamentes fertig. Beim Neubau der Bezirkssparkasse in der Johannesstraße gab es ähnliche Probleme mit dem Wasser, wie man überhaupt sagen kann, daß Gießen eine riesige schwimmende Insel ist. Dies hängt mit der geographischen Lage zusammen.

Osswalds Vorschlag einer Unterführung hätte den Vorteil gehabt, daß man noch viele kleine Geschäfte wie in Frankfurt hätte einrichten können, daß der Verkehr noch flüssig in die Frankfurter Straße geleitet worden wäre und daß die Beschwerden, die vor allem ältere Bürger, Behinderte und Familien mit Kindern an der Rolltreppe haben, vermieden worden wären. Die Rolltreppen sind manchmal lange Zeit außer Betrieb und schwierig zu warten.





Abb.20, 21: Im Volksmund nennt man diese mißlungene Konstruktion des Übergangs über das Selterstor "Elefantenklo" - wegen der drei großen Löcher in der Plattform. Ein anderer Grund, diese Kontruktuion so anzulegen, war nach Albert Osswald, eine Verbindung zu dem auf der anderen Seite des Selterstors geplanten Kaufhaus Kerber zu schaffen. Heute befindet sich dort ein Parkplatz, d.h. man hatte schon mit den Baumaßnahmen begonnen, ohne daß das Einverständnis des in der Nähe liegenden Geschäftes Rohrbach vorlag. Für diese Planungen mußten drei alte Bürgerhäuser, darunter auch das noch gut erhaltene Café Hettler, weichen (60er Jahre).



. zu Nr. III 28090.

Abchrift.

r Oberfinanzpräsident Hessen , Darmstadt, den 6. April 1944.  
Schäftszeichen: O 5300 - 112/8 V 14.

Fr.: Eingezogenes Vermögen des Ignaz Israel Pfeffer, zuletzt wohnhaft in Gießen, Marktplatz 6.

Stellungnahme!

zu dem Antrag des Oberbürgermeisters der Stadt Gießen vom 5. November 1943 auf unentgeltliche Übertragung des Grundstücks in Gießen, Marktplatz 6.

Zu dem eingezogenen Vermögen des Ignaz Israel Pfeffer, zuletzt wohnhaft in Gießen, gehört das in der Gemarkung Gießen gelegene und in Band 7 Blatt 348 eingetragene Grundstück

Flur I Nr. 517 Hofreite auf dem Marktplatz (Marktplatz 6) = 407 qm

Das Grundstück wurde zufolge Berichtigung des Grundbuchs am 11. August 1943 auf das Deutsche Reich (Reichsfinanzverwaltung) überschrieben. Der Einheitswert 1935 beträgt 68 000 RM.

Der Oberbürgermeister der Stadt Gießen begehrt das Grundstück zum Zwecke der Altstadtanierung, teils zur unmittelbaren Niederlegung teils als Austauschobjekt.

Das Hintergebäude des Hauses Marktplatz 6 liegt in der Wagengasse. Zur Verbreiterung der Wagengasse müßten nicht nur dieser Teil des Hauses Marktplatz 6 niedergelegt werden, sondern noch zahlreiche andere Häuser, die in der Wagengasse liegen. Die Altstadtanierung ist jedoch eine Aufgabe der Nachkriegszeit, deren Durchführung jetzt noch nicht übersehbar ist; Bebauungspläne liegen nicht vor. An die Lösung dieser umfangreichen Aufgabe wird erst herangetreten werden können, wenn das große Wohnungsbauprogramm der Nachkriegszeit erfüllt ist. Die Niederlegung der Altstadt-häuser wird daher nicht so rasch erfolgen könne. Im übrigen Hinweis auf den Erlaß des Reichsministers des Innern vom 4. Oktober 1943 IV c 38 II/42/3550 D Abs. 3.

Meines Ermessens sind die Voraussetzungen für eine unentgeltliche Übertragung des Hauses Marktplatz 6 in Gießen auf die Stadt Gießen somit nicht gegeben.

Im Auftrag:

gez.: Unterschrift.

*Schon im Kriege wurde die Altstadtanierung vorbereitet und zu diesem Zwecke Judengrundstücke enteignet. Das war deshalb leicht möglich, weil die "Endlösung" auch in Gießen im September 1942 durchgeführt worden war.*



Oberbürgermeister  
: Stadt Gießen

Gießen, den 8. April 1944.

Verfg.

1. An das  
Stadtbauamt Gießen

G i e s s e n .

Nachdem die Stadtverwaltung bei der Hessischen Landesregierung den Antrag gestellt hat, ihr das Judengrundstück des Isaak Israel Sonn, Gießen, Walltorstr. 42 zu übereignen, erschien heute ein Vertreter der Abteilung IX (Baurat Laux) und erklärte, daß der Hessische Staat die Absicht habe, dieses Anwesen für eine spätere Erweiterung des Landratsamts zu erwerben und dementsprechend an die Stadt Gießen das Ansinnen zu richten, ihre Ansprüche auf den Erwerb dieses Hauses zurückzustellen. Nach meinem Dafürhalten ist in dem Generalbebauungsplan vorgesehen, das neue Landratsamt an anderer Stelle zu errichten. Sollte dies jedoch aus irgendwelchen Gründen nicht möglich sein, weil dringendere Bauvorhaben zur Ausführung kommen müssen, wäre die Frage zu prüfen, ob dieses Grundstück überhaupt für die Erweiterung des Landratsamts in Frage kommt. Ich bitte zu dieser Frage Stellung zu nehmen.

- √ 2. Wvl. 1.5.44.

J.V.

Neubaupläne schon im Krieg.

40 04/5

Giessen, den 4. Februar 1944

Betr.: Verwaltung und Verwertung des eingezogenen Vermögens von Reichsfeind  
hier: Judengrundstück Isaak Israel Sonn, Giessen, Walltorstrasse 42.

Verfg.

1. auf 17. 1. 44  
21 /  
1.) Schreiben an den Herrn Reichsstatthalter in Hessen - Landesregie-  
rung - Abteilung III (Innere Verwaltung), Darmstadt.

Auf Grund der Verfügung vom 4. Dezember 1943 - zu Nr. III 39 356 habe ich nachgeprüft, inwieweit die Stadt Giessen an dem Erwerb des Anwesens Hofreite in der Walltorstrasse 42 interessie ist. Dabei bin ich zu dem Ergebnis gekommen, dass der Erwerb des hier angebotenen Grundstücks Walltorstrasse 42 im Interesse der Altstadtanierung geboten erscheint. Das Grundstück fällt zwar nicht unmittelbar in die Altstadtanierung, weil hier eine Änderung der Baufluchtlinien nicht geplant ist, es könnte aber als Austauschobjekt für Altstadtanierungsgrundstücke in Anspruch genommen werden. Es wäre allerdings denkbar, dass sich der Überlassung an die Stadt Giessen insofern Schwierigkeiten entgegenstellen werden, als eine mit ihrem Anwesen angrenzende Firma; sowohl die Lagerhalle, als auch das Gelände hinter dem Wohnhaus seit einer Reihe von Jahren von den Vorbesitzern gemietet hat und seit dieser Zeit Kaufinteressent ist mit der Absicht, ihren Betrieb auf das hier in Rede stehende Grundstück auszudehnen. Gegebenenfalls müsste sich die Tauschabsicht auf das Vorderhaus beschränken.

Auch für die Walltorstraße gab es während des Krieges Sanierungspläne - die „Ghettohäuser“ Nr. 42 und Nr. 48 waren durch die sogenannte „Evakuierung“ freigeworden.